

# Keine einfachen Zeiten : die Bank im Reifungsprozess (bis 1891)

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Thurgauer Beiträge zur Geschichte**

Band (Jahr): **151 (2014)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## 3 Keine einfachen Zeiten: die Bank im Reifungsprozess (bis 1891)

### 3.1 Wirtschaftliche Strukturveränderungen im Thurgau

Die Wohnbevölkerung im Kanton Thurgau vergrösserte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von 88 908 auf 113 221 Personen, diejenige der Schweiz von 2,39 Millionen auf 3,3 Millionen Einwohner. Der Anteil des Thurgaus ging von 3,7 % auf 3,4 % der Gesamtbevölkerung leicht zurück. Die mittlere jährliche Zunahme lag im Thurgau bis 1870 unter dem schweizerischen Durchschnitt. Im folgenden Jahrzehnt lag der Zuwachs fast im Mittel des Landes, dann jedoch, zwischen 1880 und 1888, lag das Bevölkerungswachstum im Thurgau erstmals über dem Durchschnitt. Von 1900 bis 1910 wies die Wohnbevölkerung eine auffallend hohe jährliche Wachstumsrate von 1,77% auf, die zu einem wesentlichen Teil dem Zuzug von Ausländern zu verdanken war. Auch der Geburtenüberschuss erreichte in jenem Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg einen Höhepunkt.<sup>239</sup> Somit lässt sich kurz festhalten: von der Zunahme der Wohnbevölkerung gingen vor 1900 auf kantonaler Ebene keine ausserordentlichen Impulse aus, wie sie in verschiedenen grösseren Städten der Schweiz zu beobachten waren. Das drückte sich auch in der Anzahl der Wohnhäuser im Thurgau aus, die von 16 293 im Jahr 1860 lediglich auf 18 807 im Jahr 1900 anstieg.<sup>240</sup> Oder anders interpretiert: In den vierzig Jahren von 1860 bis 1900 fand eine leichte «Verdichtung» der Bewohner pro Haus statt (auf durchschnittlich rund 6 Personen).

Natürlich gab es einige bemerkenswerte Ausnahmen im lokalen Bereich, die auf deutliche Wanderungsbewegungen aus landwirtschaftlichen Gebieten in kleinstädtische Zentren mit früher Industrialisierung hindeuten. So vergrösserte sich zum Beispiel im Jahrzehnt 1870–1880 die Bevölkerung von Arbon um beinahe 29 %, diejenige von Bischofszell um 23 %, während Weinfelden nur ei-

nen Zuwachs von knapp 10% aufwies.<sup>241</sup> Dieser Trend wird sich bis zum Ersten Weltkrieg mehr oder weniger fortsetzen. Die überseeische Auswanderung blieb im Thurgau relativ unbedeutend. Im Rahmen der Gemeinnützigen Gesellschaft referierte Regierungsrat Johann Baptist Ruckstuhl 1865 über das Thema. Er fand die Frage unerheblich, «da wir nicht Mangel an Arbeit, gegentheils Mangel an Arbeitern haben». Aufmunterung zur Auswanderung fand der Referent unnötig, ja geradezu «verwerflich, unpatriotisch und eigennützig».<sup>242</sup> Im Durchschnitt der Jahre 1871 bis 1880 verliessen nur 67 Schweizerbürger den Thurgau Richtung Übersee. In den Jahren 1880 bis 1882 kam es freilich zu einer kleinen Auswanderungsspitze, doch bereits 1883 ging die Zahl wieder zurück. Der Thurgau lag mit seiner Auswanderungsquote deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Daran änderte sich bis Ende der 1880er-Jahre nichts mehr.<sup>243</sup> Man kann darin einen einfachen Beleg dafür sehen, dass es der Mehrheit der Thurgauer über die Jahrzehnte gesehen so schlecht nicht ging. Im Gegenteil war der Thurgau zunächst vor allem für Bürger des Kantons St.Gallen und später auch für zahlreiche Berner Bauern ein attraktives Immigrationsgebiet.<sup>244</sup> Dasselbe galt für deutsche Einwanderer. Bereits 1888 zählte man 7804 Angehörige des Deutschen Reichs (oder 7,8% der Bevölkerung) im Thurgau.<sup>245</sup> Andererseits zog es ziemlich viele Thurgauer in andere Kantone der

239 HLS, Bd. 12: Artikel Thurgau, Kapitel 5.1 (Verena Rothenbühler); Bevölkerung Thurgau.

240 Bevölkerung Thurgau, S. 8.

241 TZ, 4.1.1882

242 Zitiert nach: TZ, 10.5.1865.

243 TZ, 13.2.1885 und 1.4.1887.

244 Die Zahl der Berner im Thurgau stieg von 4132 (1900) auf 7277 (1910): Schoop, Wirtschaftsgeschichte, S. 36.

245 TZ, 11.3.1888: «Diese Zahlen sind beredt. Mögen sie in Deutschland allgemein bekannt und – beherzigt werden!»

Abb. 18: Friedrich Mann (1825–1906).



Schweiz: Im Jahr 1888 wohnten 22 825 Thurgauer ausserhalb ihres Heimatkantons.<sup>246</sup>

Der Thurgau wurde im 19. Jahrhundert sehr lange als weitgehend landwirtschaftlicher Kanton wahrgenommen. Landschafts- und Siedlungsbild sowie das Fehlen eines wirtschaftlichen Zentrums bestimmten das Bild. Die landwirtschaftliche Bevölkerung blieb von 1860 bis 1900 mit rund 38 000 Personen praktisch unverändert. Den grössten Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung fand man bis 1900 in den Bezirken Steckborn, Diessenhofen, Münchwilen und Weinfelden, den tiefsten in den Bezirken Arbon, Bischofszell und Kreuzlingen. Als Folge der billigen Getreideimporte fand ein fundamentaler

Wandel in der Bodennutzung statt: Das Ackerland ging von 59 % im Jahr 1852 auf rund 28 % im Jahr 1890 zurück, während Wiesen und Weiden von 37 % auf 69 % der Nutzfläche anstiegen. Die Milchproduktion erfuhr eine gewaltige Ausdehnung und verfünfachte sich zwischen 1843 und 1911. Der Rebbau verlor im 19. Jahrhundert stark an Bedeutung, der Obstbau hingegen gewann und führte zum Beinamen «Mostindien».<sup>247</sup> Die Zahl der Berufstätigen in der Landwirtschaft nahm von 1860 bis 1900 sogar leicht auf 17 923 zu, fiel jedoch prozentual von 40,8 % auf 33,7 % am Total der Erwerbstätigen.<sup>248</sup> Insgesamt war die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts für die Thurgauer Landwirtschaft gemäss Hans Brugger eine Periode des Aufschwungs und einer verbesserten Ertragslage.<sup>249</sup> Kam dazu, dass Bauernfamilien in der Heimindustrie vor allem während der Stickerei- blüte zusätzliches Einkommen zu erzielen vermochten.

Industrie und Gewerbe konnten im Thurgau – wie anderswo in der Schweiz – von den wirtschaftsliberalen Rahmenbedingungen nach 1848 (teilweise schon seit 1830) profitieren. Noch gab es keine umfangreiche staatliche Bürokratie. Die Steuerbelastung im Thurgau war gering – jedenfalls kam es erst bei der Anwendung des Steuergesetzes von 1898 (ab 1907 in Kraft) zu vehementen Klagen von Seiten der Industrie (vor allem bezüglich der Besteuerung der Abschreibungen).<sup>250</sup> Den initiativen Gewerbetreibenden und kleinen Fabrikanten boten sich in diesem Umfeld gute Startchancen, besonders seit 1855 die Eisenbahnlinie Zürich–Romanshorn in Betrieb war. Die Frühphase der Indus-

246 TZ, 27.9.1905.

247 Brugger, Landwirtschaft, S. 65 ff.

248 HLS, Bd.12: Artikel Thurgau, Kapitel 5.2.2 (André Salathé).

249 Brugger, Landwirtschaft, S. 100 f.

250 Zur Steuerkontroverse von 1912 siehe u. a. NZZ, 1.6.1912. Zum Finanzhaushalt des Staates siehe Zweidler, Finanzhaushalt, S. 275 ff.

trialisierung im Thurgau ist insgesamt allerdings noch unzureichend erforscht (mit Ausnahme einiger Ortsgeschichten). Nur auf der Ebene einzelner Unternehmen lässt sich die Entwicklung einigermaßen nachvollziehen. Erst für die 1860er-Jahre wird das Bild klarer erkennbar, weil die Regierung im Zusammenhang mit den Bestrebungen zu einer Fabrikgesetzgebung eine Untersuchungskommission einsetzte. Im Juni 1868 präsentierte Kantonsschulrektor Friedrich Mann die Erkenntnisse vor der Gemeinnützigen Gesellschaft, deren Mitglieder freilich zu diesem Vortrag nicht sehr zahlreich erschienen waren. Damals sprach Mann von 58 grösseren «Etablissements» im Kanton, woraus hervorgehe, «dass der schöne Thurgau denn doch nicht mehr ein ausschliesslich agrikoles Ländchen bildet». Der anwesende Bankpräsident Hermann Kappeler warnte übrigens bei dieser Gelegenheit vor einem allzu detaillierten Fabrikgesetz. Die meisten «Etablissements» seien neueren Ursprungs, darum «rationeller» gebaut, also auch der Gesundheit zuträglicher als die früheren. Wo Industrie sei, so Kappeler, da herrsche Wohlstand, und wo Wohlstand blühe, da könnten sich auch die Ärmeren besser nähren und kleiden. Gegen den geplanten Kinderschutz habe er nichts einzuwenden, doch das sei bereits im Schulgesetz geregelt. Der Fabrikant Georg Leumann, Hauptmann der Kavallerie, vermisste bei dieser Gelegenheit zum Voraus ein gewisses Vertrauen gegenüber den direkt Beteiligten (gemeint den Industriellen) – «als handelte es sich um ein Stück Feindesland, nicht um Mitbürger, die – oft mit eigenem Risiko – Arbeit und Wohlstand ins Land zu bringen suchen». Ein Gesetz, das die Arbeitszeit regulieren wolle, müsse sich die Industrie verbitten. Gemäss Leumann verhielten sich die «Fabrikherren» in der Schweiz bedeutend besser als in England und Belgien und stellten in den Krisen die Arbeiter nicht gleich auf die Gasse. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehe ein

«meist freundliches Verhältnis», wie vorhandene Krankenkassen, Arbeiterwohnungen etc. bewiesen. Die Industrie sei in der Schweiz gross geworden ohne den Staat, und es sei nur zu wünschen, dass sie es auch ohne denselben bleibe.<sup>251</sup>

Als der Bericht der Untersuchungskommission 1869 im Druck erschien, waren 60 «Etablissements» erfasst, die allenfalls unter ein kantonales Fabrikgesetz gefallen wären, darunter 25 Webereien und Spinnereien, 6 Rotfärbereien und bereits 4 mechanische Stickereien, jedoch nur je 2 Eisengiessereien und mechanische Werkstätten. Das Übergewicht der Textilindustrie war damals evident. Die Zahl der Fabrikarbeiter (das heisst der in den Räumen der «Etablissements» Beschäftigten) betrug 3600, diejenige der «Externen», die zu Hause für die Fabrik arbeiteten, 2300. Die «Internen» verteilten sich fast gleichmässig auf Frauen und Männer. Rund ein Viertel von ihnen war minderjährig (davon 111 Kinder unter 13 Jahren).<sup>252</sup> Ein Blick auf die gesamte Erwerbsstruktur im Thurgau zeigt bereits für 1860 einen Anteil des sogenannten 2. Sektors von 41 %, der sich bis 1900 auf 49 % erhöhte und 1910 einen ersten Höhepunkt von 53,6 % erreichte.<sup>253</sup> Man kann davon ausgehen, dass in diesen Zahlen viele Beschäftigte in kleingewerblichen Betrieben eingeschlossen sind, wie sie auch in den Kreditprotokollen der Hypothekenbank über Jahrzehnte hinweg erscheinen. Ein kantonales Fabrikgesetz kam schliesslich nicht zustande, weil bei der Verfassungsrevision andere Fragen im Vordergrund standen und manche Kreise es vorzogen, auf ein eidgenössisches Fabrikgesetz zu warten. Dieses wurde 1877 in der Volksabstimmung gesamtschweizerisch relativ knapp angenommen. Der Thurgau akzeptierte das Gesetz mit 9279 Ja gegen 6855

---

251 Zitiert nach: TZ, 9.6.1868.

252 Bericht Fabrikwesen. Zusammenfassung in: TZ, 6./8./14./18.5.1869.

253 HLS, Bd. 12: Artikel Thurgau, Kapitel 5.2.2 (André Salathé).

Nein, im Kanton St.Gallen wurde es hingegen knapp verworfen. Hauptpunkte bildeten die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf elf Stunden und verschiedene Beschränkungen betreffend Nacht- und Sonntagsarbeit. Das Mindestalter für die Fabrikarbeit betrug 14 Jahre. Vom Fabrikgesetz erfasst wurden im Jahr 1878 im Thurgau 6075 Personen (davon arbeiteten 80 % in der Textilindustrie). Bis 1901 verdoppelte sich die Zahl beinahe und erreichte schliesslich 1911 mit 18 642 Personen das Dreifache von 1878. In diesem Zeitraum diversifizierte sich die Industrie im Thurgau zunehmend: 1911 arbeiteten zwar immer noch 58% in der Textilindustrie, die Metall- und die Bekleidungsindustrie hatten indes aufgeholt.<sup>254</sup>

Diese trockenen Beschäftigungszahlen geben jedoch keinen wirklichen Begriff von der wirtschaftlichen Dynamik, die nicht nur im Kanton St.Gallen, sondern auch im Thurgau vom rapiden Aufschwung der Stickerei ausging. Die Stickereiindustrie war eine komplexe, vertikal und arbeitsteilig organisierte Branche, extrem exportabhängig und entsprechend auch den ausländischen Konjunkturschwankungen ausgesetzt. Sie wurde in der Ostschweiz durch eine beeindruckende Kette von technologischen Innovationen und eine verblüffende ausländische Nachfragesteigerung innert dreissig Jahren, das heisst von den 1860er-Jahren an, gewissermassen in eine neue Ära katapultiert. Um 1910 war sie der grösste Exportzweig der Schweiz. Charakteristisch für die Stickereiindustrie war ihre doppelte, flexible Produktionsstruktur: sowohl Heimarbeit wie Fabrikproduktion. Das hing unter anderem mit den qualitativen Anforderungen zusammen. Im Thurgau wurden in den 1860er-Jahren 17 Stickfabriken gegründet, von 1871 bis 1875 kamen weitere 36 «Etablissements» dazu. Andererseits vergrösserte sich die Anzahl der Handstickmaschinen im Thurgau von 1412 im Jahr 1876 auf 3587 im Jahr 1890.<sup>255</sup> Eine Momentaufnahme für das Jahr 1882 zeigt sechs Gemeinden im Thurgau, in denen bereits

mehr als hundert Stickmaschinen in Betrieb waren, angefangen mit Amriswil (184), gefolgt von Berg, Birwinken und Fischingen (im engen Bereich zwischen 122 und 125 Maschinen), knapp dahinter Bichelsee und Bussnang mit 109/108 Apparaten. Auffallend dabei ist die relativ breite geografische Streuung, denn auch Sirnach mit 96 sowie Aadorf mit 93 Maschinen befanden sich in der Spitzengruppe, in Schönholzerswilen standen 71 und in Wuppenau 63 Maschinen.<sup>256</sup> Im Jahr 1887 gab es im Thurgau insgesamt 1884 Besitzer von 3551 Stickmaschinen.<sup>257</sup> Als Mitte der 1880er-Jahre der Schifflistickereiverband der Ostschweiz gegründet wurde, fand man unter den Mitgliedern bereits 30 Maschinenbesitzer aus dem Thurgau mit 130 Maschinen dieses neuen Typs.<sup>258</sup> Dies war wohl nicht zuletzt den Pionierleistungen der Maschinenfabriken Saurer und Martini zu verdanken. Der grosse Boom der Schifflistickmaschinen kam gemäss Albert Tanner erst rund zehn Jahre später mit deutlich verbesserten Maschinen.<sup>259</sup> Da schlug dann auch die grosse Stunde für Arnold Baruch Heine, den umstrittenen «Stickerkönig» von Arbon. Doch die Stickerei, dies bleibt bereits an dieser Stelle festzuhalten, war keineswegs eine ununterbrochene Erfolgsgeschichte für jeden Produzenten im Thurgau: Die Zahl der Handmaschinen nahm im Thurgau in der ersten Hälfte der 1890er-Jahre um 14% ab, allerdings waren dann 1895 20 «Motor-Maschinen» und 114 Schiffliemaschinen (wovon 50 im Bezirk Arbon) in Betrieb.<sup>260</sup>

In der Zusammenfassung der Wirtschaftsentwicklung des Thurgaus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts lässt sich über die Jahrzehnte – wie

---

254 Zahlen gemäss Wyler, *Industrie*, S. 270.

255 Tanner, *Schiffchen*, S. 108.

256 TZ, 4.2.1883.

257 TZ, 15.9.1887.

258 TZ, 12.2.1886.

259 Tanner, *Schiffchen*, S. 116.

260 TZ, 29.6.1895.

anderswo in der Schweiz – ein eindeutiger, langfristiger Aufschwung feststellen. Wenn es gleichwohl in gewissen Wirtschaftszweigen im Thurgau zu leichten Rückschlägen oder zu Stagnation kam, dann war das aus den Zeitungen nicht immer deutlich zu erfahren. Auch die Auftriebsphasen wurden nur selten klar benannt. Die Presse verfügte in der Regel über wenig Kontakt zu den wichtigsten Akteuren der Wirtschaftswelt. Im Fall von Jacques Huber von der «Thurgauer Zeitung» hätte sie einen direkten Einblick vermitteln können, doch war hier Diskretion aufgrund der Verwaltungsratsposition bei der Hypothekenbank das erste Gebot. Dazu kam: Die Fabriken im Thurgau waren nur selten in der Hand von Aktiengesellschaften, die zur Kapitalbeschaffung öffentliche Aufmerksamkeit suchten (das traf zum Beispiel 1873 auf die Kammgarnspinnerei Bürglen zu<sup>261</sup>). In Wirklichkeit beherrschten Einzelfirmen, Kollektiv- und Kommanditgesellschaften das Feld. Das Auf und Ab wichtiger Firmen geriet nur dann in den Fokus, wenn die Dinge offensichtlich sehr schlecht liefen und Entlassungen drohten. Selbst dann wurde in einigen Fällen – von denen im Folgenden noch die Rede sein wird – nur äusserst diskret darüber berichtet.

Auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Thurgaus ist jedenfalls noch bedeutende Grundlagenarbeit zu leisten. Die Konjunkturzyklen in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg sind für den Thurgau nur in Ansätzen erfassbar und lassen unterschiedliche Interpretationen zu.<sup>262</sup> Die Interaktion verschiedener Einflussfaktoren macht die wirtschaftshistorische Analyse nicht einfacher. Da sind unter anderem im Spiel: die Agrarpreise, die unterschiedliche Produktivität in der Landwirtschaft, die Landpreise (in gewissen Phasen bewusst überhöht?), der Verschuldungsgrad (ein sehr dehnbarer Begriff, mitunter auch sozial- und steuerpolitisch im Einsatz), die Diversifikation von Gewerbe und Industrie (Stichwort Stickerei), der fachtechnische Ausbil-

ungsstand und die Innovationsanpassung, die Förderung oder Vernachlässigung durch den Staat und nicht zuletzt die Verfügbarkeit des Kapitals zu angemessenen Bedingungen. Kein Zweifel kann indes bestehen: Das Gesellschaftsgefüge befand sich in einigen Regionen des Kantons Thurgau in Bewegung. Ziel dieser Untersuchung soll es sein, den Einfluss der Hypothekenbank in das Gesamtbild zu integrieren. Und da ist die zentrale Frage zu stellen, was Ursache und was Folge war. Oder anders formuliert: Was hat die Bank angeschoben, wo folgte sie nur der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage oder spezifischen Erfordernissen einzelner Kreditnehmer?

### **3.2 Drei grössere Problemfälle: Lüthi in Jakobstal, die Papierfabrik in Degenau und die «Alpina» in Luxburg**

Banken haben im Kreditgeschäft seit je mit grösseren oder kleineren Risiken zu rechnen. Die meist gestellte Frage bei Verlusten oder gar Konkursen liegt auf der Hand: Hätte man die Lage nicht früher erkennen müssen? Und wie hätten die Bank und die anderen Gläubiger sich allenfalls absichern können? Im Folgenden wird an drei Beispielen gezeigt, wie sich die Hypothekenbank in solchen Situationen verhielt. Einiges ist dabei quellenmässig nicht bis in die Details erfassbar. Entsprechend vorsichtig müssen die Schlussfolgerungen ausfallen. Vorauszuschicken ist, dass die Hypothekenbank bis in die Mitte der 1860er-Jahre keine grösseren Verluste zu erleiden hatte. Somit fehlte der Bankleitung auch noch jede Erfahrung auf dem Gebiet von «Sanierungen» grösserer Problemfälle.

---

261 NZZ, 20.2.1873.

262 Zu diesem Thema interessant: Beck, Wellen.

Anfang 1865 wurde das Unternehmen Lüthi & Cie. in Jakobstal, an der Murg zwischen Wängi und Matzingen gelegen, zahlungsunfähig. Johann Joachim Lüthi, geboren 1819, war ein initiativer Unternehmer und Mitbesitzer verschiedener Textilfabriken im Thurgau.<sup>263</sup> In Jakobstal betrieb er seit 1850 eine Baumwollweberei und -spinnerei. Zu den umfangreichen Fabrikanlagen Lüthi's gehörten auch Wasserkraftanlagen und Arbeiterwohnhäuser.<sup>264</sup> Er galt als fortschrittlicher und humaner Fabrikant. Auf seine Initiativen im Rahmen der Gemeinnützigen Gesellschaft wurde an anderer Stelle (Kapitel 1.5) bereits hingewiesen. Lüthi war auch Politiker. Von 1857 bis 1865 sass er im Grossen Rat, 1863 wurde er ausserdem in den Nationalrat gewählt. Natürlich musste er nach dem Konkurs von seinen politischen Ämtern zurücktreten. Bei der Schuldeneingabe beliefen sich die Passiven auf den für damalige Verhältnisse ausserordentlich hohen Betrag von 1,7 Millionen Franken, denen Aktiven von rund 988 000 Franken (Liegenschaften nur nach dem Katasterwert bemessen) gegenüberstanden.<sup>265</sup> Grösster Gläubiger war offensichtlich die Schweizerische Kreditanstalt in Zürich, die sich schliesslich entschloss, die Fabriken in Jakobstal und Grüneck bei Müllheim vorübergehend zu übernehmen. Im ersten Jubiläumsband der Kreditanstalt von 1907 ist der Fall Lüthi zwar nicht speziell erwähnt, aber es wird nicht verschwiegen, dass der Direktion der Bank in den frühen Jahren die Erfahrung fehlte, was zu «Missgriffen» geführt habe, «deren Folgen sich mehrfach in sehr unliebsamer Weise bemerkbar machten».<sup>266</sup> Die Beziehung der Kreditanstalt zu Lüthi gehörte zweifellos in diese Kategorie.

Gemäss Gerüchten im Thurgau suchte Lüthi das Nationalratsmandat, «um seinen Kredit zu befestigen». Laut «Thurgauer Zeitung» war zwar nicht zu übersehen, dass der «Kredit» von Lüthi «in der Geschäftswelt seit längerer Zeit erschüttert war», vom wahren Stand der Dinge hatten zum Zeitpunkt der Wahl in den Nationalrat indes «nur Wenige Kenntnis».

Die «Thurgauer Zeitung» trat damit einer Vermutung im «Bund» entgegen, die Kreditanstalt habe bei Lüthi's Wahl die Hand im Spiel gehabt.<sup>267</sup> Das schien im Thurgau schon fast ehrenrührig. Die genauen Ursachen von Lüthi's geschäftlichem Desaster sind im Übrigen nicht klar zu eruieren. Der Fall ist in verschiedener Hinsicht interessant, nicht zuletzt auch, weil sich Lüthi schon früh um Darlehen bei der Hypothekenbank bemüht hatte. So erhielt die Firma Lüthi, Müller & Cie. in Grüneck-Müllheim im September 1857 einen noch relativ bescheidenen Kredit von 16 000 Franken gegen Hinterlage von 40 Aktien der Schweizerischen Kreditanstalt.<sup>268</sup> Anfang 1858 wünschte Lüthi dann einen grösseren Betrag für Grüneck gegen Hinterlage eines Schuldbriefs von 50 000 Franken auf Jakobstal. Darauf ging die Hypothekenbank zunächst jedoch nicht ein, weil die Besitzverhältnisse Jakobstal/Grüneck offenbar nicht ganz klar waren. Etwas später wäre die Bank dann zu einer Kreditgewährung von 28 000 Franken bereit gewesen. Ob dieses Darlehen zustande kam, ist jedoch nicht gesichert.<sup>269</sup> Wie bereits in Kapitel 1.5 geschildert, zögerte die Bankleitung damals noch etwas mit Krediten an Fabrikanten. Zumindest ging sie sehr selektiv vor. So kam zum Beispiel Michael Maggi in Frauenfeld 1860 zu einem ziemlich grossen Kontokorrentkredit von 60 000 Franken (hypothekarisch gesichert).<sup>270</sup>

Man kann deshalb davon ausgehen, dass sich Lüthi in jener Zeit hauptsächlich der 1856 gegründeten Schweizerischen Kreditanstalt zuwandte. Offen bleibt die Frage, ob bei der Hypothekenbank bereits

263 HLS, Bd. 8: Artikel Johann Joachim Lüthi (André Salathé).

264 Stutz, Jakobstal.

265 TZ, 2.4.1865.

266 Esslinger, Schweizerische Kreditanstalt, S. 63.

267 TZ, 15.3.1865.

268 StATG 8'404'6, 1/3: Protokoll Kleiner VR, 5.9.1857.

269 StATG 8'404'6, 1/3: Protokoll Kleiner VR, 19.2.1858 und 11.3.1858.

270 StATG 8'404'6, 1/3: Protokoll Kleiner VR, 17.10.1860.

damals ein gewisses Misstrauen gegenüber Lüthi (und eventuell auch seinen Geschäftspartnern) zum Ausdruck kam. Nicht auszuschliessen ist, dass man in den engeren Verhältnissen im Thurgau in diesem Fall eine «bessere Nase» für gewisse negative Entwicklungen hatte als im fernen Zürich im Schatten des vielbeschäftigten Alfred Escher. So fällt zum Beispiel auf, dass Stierlin, Joos & Co., die in Wängi ebenfalls eine Baumwollspinnerei und -weberei betrieben und wohl recht gut wussten, wie es im nahen Jakobstal lief, von der Hypothekenbank im Jahr 1861 einen Hypothekarkredit von 35 000 Franken erhielten.<sup>271</sup> Lüthi's Konkurrenten in Wängi brachte die Hypothekenbank offensichtlich bedeutend mehr Vertrauen entgegen.<sup>272</sup> Johann Joachim Lüthi versuchte im laufenden Jahr 1865 noch, den definitiven Konkurs abzuwenden. Im Herbst bemühte er sich zum Beispiel, einen Kredit bis 80 000 Franken (gegen Pfand und Bürgschaft) bei der Hypothekenbank zu erhalten. Diese lehnte jedoch ab, unter dem Vorwand fehlender disponibler Mittel. Und noch zwei Jahre nach dem Konkurs, 1867, versuchte Lüthi zum letzten Mal vergeblich, an einen Kredit der Hypothekenbank zu kommen.<sup>273</sup> Dann verliess er – soweit ersichtlich – den Thurgau in Richtung Tirol. Aufstieg und Fall dieses Thurgauer «Selfmademan» bieten alle Zutaten eines packenden Zeitromans.

Für die Hypothekenbank höchst unangenehm wurde indes ein anderer Problemfall. Im Jahr 1863 gewährte sie der Fabrik von Johann Baumann (Sohn) in Degenau einen hypothekarisch gesicherten Kredit von 44 000 Franken, allerdings nur mit zusätzlicher Bürgschaft des Vaters und eines weiteren Bürgen. Die Taxation lautete auf 67 000 Franken.<sup>274</sup> Die Fabrik an der Sitter war mit der damaligen Einrichtung offensichtlich neu. Sie verarbeitete Holzfaserstoff zu Papier (Papiermühlen gab es dort allerdings schon vorher). Als die Inspektionskommission um 1867 die Fabrik besichtigte, waren nur wenige junge Arbeiter ange-

stellt, die rund um die Uhr in sechsstündigen Schichten arbeiteten. «Das Lokal ist enge, die Triebwerke sind schlecht eingemacht», hiess es im Bericht. Trotz exzessiver Arbeitszeit (bis zu 18 Stunden) war «sanitär» nichts zu bemängeln. Dies führten die Inspektoren vor allem auf die Jugend der Arbeiter und die kräftige Kost zurück, die ihnen der Fabrikbesitzer lieferte.<sup>275</sup> Im Jahr 1867 erhielt dann Johann Baumann (Vater) in Sitterdorf einen Kredit von 50 000 Franken, diesmal mit Bürgschaft seines Sohnes in Degenau.<sup>276</sup> Soweit ersichtlich handelte es sich um eine Kreditumstellung, wobei das Pfand unverändert blieb. Kaum zwei Jahre später, im Sommer 1869, waren die Baumanns finanziell am Ende.<sup>277</sup> Von ihnen war offenbar höchstens noch auf der Gant etwas zu holen. Die Bankleitung beschloss, auf ein «Fallimentsbegehren» zu verzichten, hingegen die Pfände zu ziehen, einen Geschäftsbesorger zu bestellen und dann den Verkauf der Fabrik anzustreben. Anzuführen ist, dass auch die Deutsch-Schweizerische Kreditbank in St.Gallen an einem Teil in Degenau engagiert war. Die beiden Banken wirkten vorderhand bei der Veräusserung gewisser Erträge zusammen.<sup>278</sup> Dann kamen weitere schlechte Nachrichten aus Degenau: Der Gemeinde-

271 StATG 8'404'6, 1/3: Protokoll Kleiner VR, 20.6.1861.

272 1871 übernahmen Stierlin & Schweizer in Wängi die inzwischen stillgelegte Fabrik in Jakobstal von der Kreditanstalt und erhielten 1873 von der Hypothekenbank einen Hypothekarkredit von 80 000 Franken: StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 17.9.1873.

273 StATG 8'404'8, 1/5: Protokoll VK, 29.11.1865 und 5.10.1867.

274 StATG 8'404'7, 1/4: Protokoll Kleiner VR, 13.8.1863.

275 Bericht Fabrikwesen, S. 121.

276 StATG 8'404'8, 1/5: Protokoll VK, 12.9.1867.

277 Siehe Gläubigerruf des Friedensrichteramtes des Kreises Zihlschlacht vom 20.7.1869 in Sachen Johannes Baumann (Vater) sowie separat seinen Söhnen August und Robert Baumann in: TZ, 22.7.1869.

278 StATG 8'404'9, 1/6: Protokoll VK, 2.8.1869 und 13.8.1868.



rat in Zihlschlacht hatte den Brandassekuranzwert auf 20 000 Franken herabgesetzt. Nach den notwendigen Reparaturen sollte er wieder erhöht werden.<sup>279</sup> Von Reparaturen an Gebäude, Wasserrad und Wuhung ist auch später mit einer gewissen Regelmässigkeit die Rede. Der Verkauf der Fabrik erwies sich jedenfalls als bedeutend schwieriger, als zuerst angenommen wurde. Im Geschäftsbericht für das Jahr 1869 konnte die Bank die missliche Situation in Degenau nicht verheimlichen, denn das hatte sich zumindest in der Region Bischofszell mit Sicherheit herumgesprochen. Der erste Experte habe 1863 den Wert der Papierfabrik bedeutend überschätzt, war dann im erwähnten Geschäftsbericht als Erklärung zu lesen. Leider stehe ein «empfindlicher Verlust» in Aussicht. Die Bank mache deshalb zulasten der Gewinn- und Verlustrechnung eine Abschreibung von 20 000 Franken.<sup>280</sup> Das war das erste Mal, dass die Hypothekenbank zu einer Massnahme in diesem Ausmass schreiten musste. Der ausgewiesene Reingewinn wurde dadurch freilich nicht beeinträchtigt, die Dividende konnte zur Beruhigung der Aktionäre gehalten werden. Doch diese Angelegenheit war gleichwohl ein Warnzeichen, und in jener politischen Lage war sie auch geeignet, den Gegnern der Bank zusätzliche Munition zu liefern.

Die Bankleitung erfuhr in diesem Fall erstmals, wie kräfteraubend es war, eine Fabrik, mochte sie wie in Degenau noch so klein sein, selbst zu übernehmen. Im Jahr 1871 schien endlich ein kompetenter Mann aus Kempten im Allgäu bereit, auf eine Pacht mit Kaufsrecht einzugehen. Doch das Geschäft kam nicht zustande. Am Schluss blieb nur die Chance, den Selbstbetrieb auf Packpapier umzustellen und weiter zu hoffen. Anfang 1872 war vorübergehend ein Interessent aus der Schweiz im Spiel.<sup>281</sup> Doch erst ein Pachtvertrag vom Februar 1872 mit Ludwig Bareis (auch Bareiss geschrieben) aus Lindau schien einen Fortschritt zu versprechen. Der Pächter erhielt zunächst ein Vorkaufsrecht zu 51 500 Franken, das nach verschiedenen Investitionen seitens der Bank erhöht

wurde.<sup>282</sup> Im Sommer 1873 meldete sich ein Kaufinteressent aus Württemberg. Das führte dazu, dass der Pächter Bareis sich nun selbst zum Kauf der Fabrik für 64 000 Franken entschloss. Offenbar erfolgte dies fast vollständig auf Kreditbasis.<sup>283</sup> Die Hypothekenbank war zwar jetzt formell nicht mehr Besitzerin der Fabrik, sie lief jedoch mit Bareis ein beträchtliches Kreditrisiko. 1874 musste sie den Kredit an Bareis nach einem Wasserschaden in Degenau um 10 000 Franken erhöhen, um einen Pfandhinfall zu vermeiden.<sup>284</sup> Überdies erwies sich der Geschäftsverkehr dieses Schuldners als ziemlich gefährlich für die Bank. Anfang 1875 platzten umfangreiche Wechselakzente auf das zahlungsunfähige Bankhaus Schweitzer in Stuttgart (insgesamt 54 000 Franken). Weitere deutsche Geschäftspartner von Bareis schienen in die Affäre involviert (einer darunter war bereits flüchtig). Oberrichter Messmer kam erneut als juristischer Experte zum Einsatz und fuhr nach Stuttgart, um Erkundigungen über die Schuldner einzuziehen. Inzwischen war der Hypothekarkredit in Degenau auf 74 000 Franken angewachsen. Der Hypothekenbank blieb im April 1875 schliesslich nichts anderes übrig, als den Konkurs gegen Bareis zu beantragen.<sup>285</sup> Damit fiel die Papierfabrik wieder an die Hypothekenbank zurück. Und die Suche nach einem Käufer begann von Neuem. Die Bankleitung erteilte nun einer Firma in Zürich ein Mandat für die Veräusserung. Einmal mehr waren Reparaturen notwendig. Ein Hauptproblem der

279 StATG 8'404'9, 1/6: Protokoll VK, 10.11.1869.

280 TZ, 4.5.1870.

281 StATG 8'404'10, 1/7: Protokoll VK, 10.5.1871, 16.5.1871, 29.12.1871, 13.1.1872.

282 StATG 8'404'10, 1/7: Protokoll VK, 16.2.1872 und 12.11.1872.

283 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 15.8.1873 und 19.8.1873.

284 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 7.8.1874.

285 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 8.2.1875, 18.2.1875, 5.4.1875, 15.4.1875, 15.5.1875.

Fabrik lag bei den Schwankungen der Wasserkraft.<sup>286</sup> Verkaufsverhandlungen zerschlugen sich in den folgenden zwei Jahren. Darauf liess sich die Bank vorübergehend erneut auf einen Pachtvertrag ein, diesmal mit einem Thurgauer, der alles andere als ein einfacher Kunde war. Bald musste ein Schiedsgericht angerufen werden. Auch dieser Fabrikbetreiber, ein ehemaliger Gemeinderat, ging dann 1879 in Konkurs.<sup>287</sup> Die schier endlose «Affäre Degenau» soll hier nicht weiter verfolgt werden, sie dient vor allem als Beispiel, mit welchem langjährigen Umtrieben die Bank bei der Übernahme einer zu hoch eingeschätzten Fabrik schlimmstenfalls konfrontiert war. Auch die Tücken des Wechselgeschäfts sowie die Vermengung der Kreditinteressen werden bei diesem Fall sehr deutlich. Ein Schuldner wie Ludwig Bareis verstand es offensichtlich, die Bank immer von Neuem hinzuhalten und zu erhöhter Kreditgewährung zu verleiten.

Anzufügen bleibt, dass im Jahr 1878 überdies eine Fabrik in Aawangen an die Hypothekenbank fiel. Auch dort war der Zustand des «Etablissements» unbefriedigend, und es drängten sich entsprechende Reparaturen auf. Die Bank hatte eine Forderung von 45 000 Franken aufzuweisen. Sie konnte sich glücklich schätzen, dass sie die Fabrik relativ rasch zu 38 000 Franken an einen neuen Investor losschlagen konnte (dieser hatte zuerst nur 30 000 Franken geboten).<sup>288</sup> Man hatte aus der Angelegenheit in Degenau offensichtlich die Schlussfolgerung gezogen, dass ein rascher Verkauf in solchen Fällen vorzuziehen war, selbst wenn mit einem gewissen Verlust zu rechnen war. In diesem Zusammenhang stellt sich nicht zuletzt die Frage, ob die Direktion in Frauenfeld ihren Aufgaben, die auf dem Gebiet der Fabrikfinanzierungen zweifellos schwieriger geworden waren, ganz gewachsen war.

Zur Gruppe der interessantesten Problemfälle aus dieser Periode gehört auch die «Alpina». Diese 1872 gegründete Aktiengesellschaft in Luxburg bei Egnach produzierte in einer neu erbauten Fabrik Kondensmilch. Sie wollte dem Beispiel der damals sehr

erfolgreichen Anglo-Swiss Condensed Milk Company in Cham folgen. Doch die leitenden Herren unterschätzten sowohl die technischen Probleme wie auch die Konkurrenzmacht der «Anglo-Swiss». 1874 wurde im Zusammenhang mit der Erweiterung des «Etablissements» sowie der Gründung einer Filiale in Sonthofen (Bayern) das Aktienkapital der «Alpina» unter Leitung der Handelsbank in Zürich auf 800 000 Franken verdoppelt. Auch die Thurgauische Hypothekenbank gehörte im Oktober 1874 zu den Zeichnungsstellen. Im Inserat zur Subskription wurde behauptet, das Unternehmen beruhe «auf der solidesten Grundlage». Das Fabrikat sei von hervorragenden Fachmännern in Berlin, Zürich und Köln «chemisch untersucht und auf das Vortheilhafteste begutachtet worden».<sup>289</sup> Ein Jahr später war die Gesellschaft bereits insolvent. Und die Hypothekenbank gehörte zu den grössten Gläubigern. Das kam wie folgt: Bereits im Mai 1874 hatte die Bankleitung dieser jungen Gesellschaft einen erstaunlich grosszügigen Kontokorrentkredit von 100 000 Franken mit Solidarbürgschaft von vier Männern aus dem Thurgau und einem aus Zürich gewährt. An erster Stelle stand der Verwaltungsratspräsident G. Burkhardt, Bezirksstatthalter in Neukirch-Egnach, an zweiter der Verwaltungsratsaktuar Rudolf Kappeler-Kessler aus Frauenfeld. Im Dezember 1874 erhielt die «Alpina» zusätzlich 130 000 Franken gegen Bürgschaft von der Bank.<sup>290</sup> Hinzu kam ein Hypothekarkredit von 100 000 Franken. Beim Zusammenbruch der «Alpina» belief sich das Gesamtengagement der Hypothekenbank

286 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 24.4.1875, 5.7.1875, 25.10.1875, 15.12.1875.

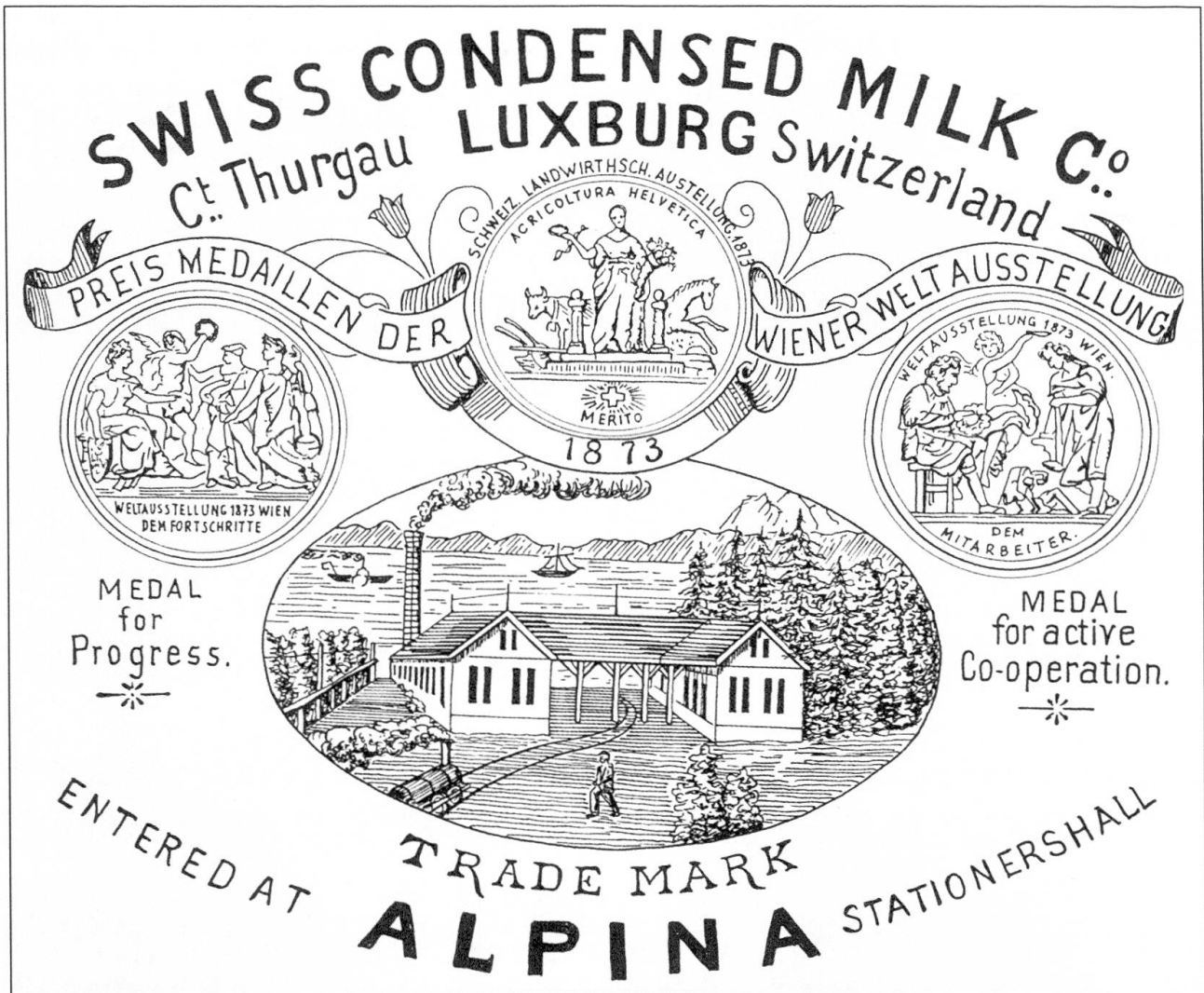
287 StATG 8'404'12,1/9: Protokoll VK, 6.8.1877, 11.9.1877, 25.10.1877, 3.11.1877, 1.5.1878, 11.11.1878, 7.3.1879.

288 StATG 8'404'12, 1/9: Protokoll VK, 19.3.1878, 11.4.1878, 20.6.1878, 3.7.1878.

289 U. a.: NZZ, 9.10.1874.

290 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 21.5.1874 und 19.12.1874.

Abb. 19: Die ein Jahr zuvor gegründete Aktiengesellschaft «Alpina» rühmt sich 1873 auf den Etiketten ihrer Kondensmilchbüchsen bereits ihrer Verdienste.



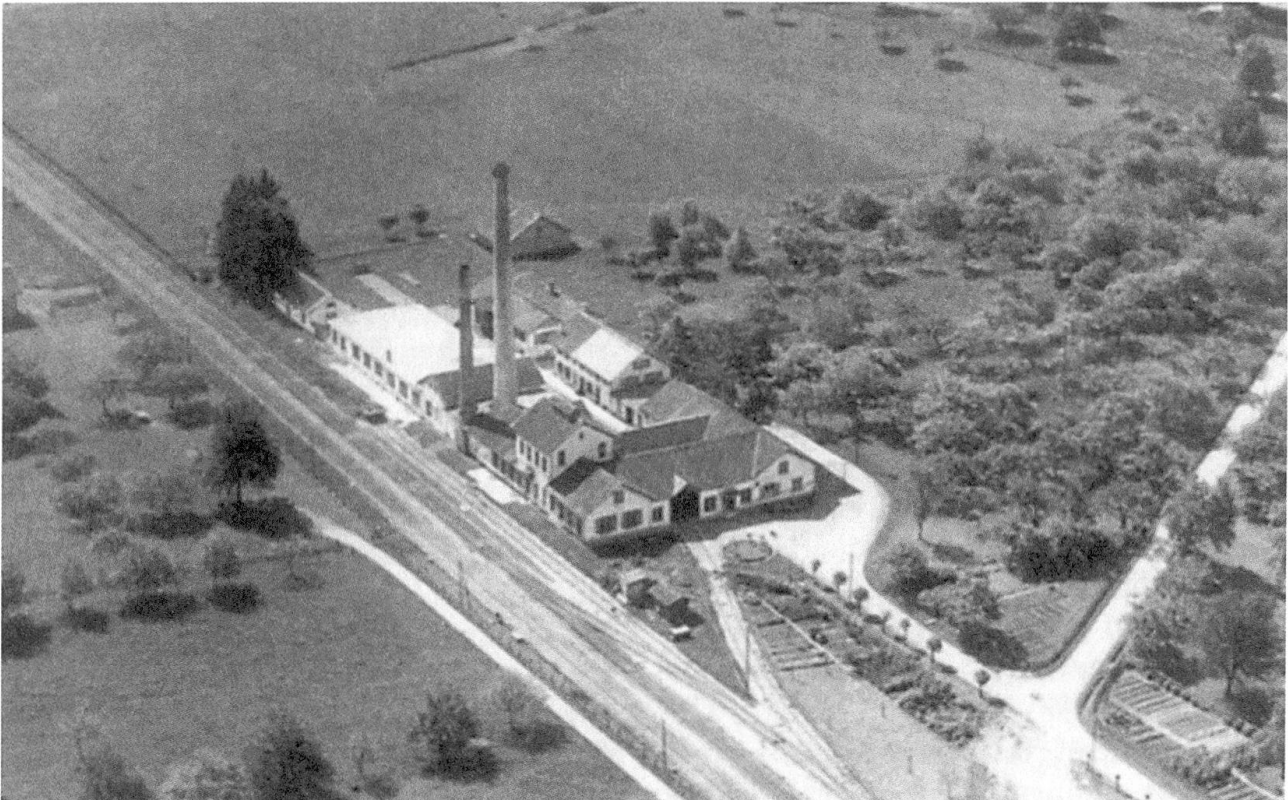
inklusive Zinsen auf 372 000 Franken. Die Deckung schien damals ausreichend, weil die Exponenten der Gesellschaft bis ins Jahr 1875 zusätzliche «Depositen» zur Ergänzung ihrer Bürgschaft hinterlegt hatten.

Sowohl der Gesamtbetrag der Kredite der Hypothekbank wie auch die anfänglich eher schwache Sicherheit für die Kontokorrentkredite fielen jedoch aus dem Rahmen bisheriger Geschäftstätigkeit. Man darf davon ausgehen, dass bei dieser Verbindung persönliche Beziehungen eine sehr wesentliche Rolle spielten.

Kappeler-Kessler war seit Langem Aktionär der Hypothekbank. Und Albert Curti, der damalige Besitzer des Schlossguts in Luxburg, der in der Anfangsphase ebenfalls Verwaltungsrat der «Alpina» war, gehörte zu den grösseren Kreditnehmern der Bank.<sup>291</sup> Die Konto-

291 StATG 8'404'10, 1/7: Protokoll VK, 5.4.1872 (zum Kredit an Curti). Zu den Veräusserungen des ursprünglich sehr grossen Areals der Luxburg durch Curti sowie zum Eisenbahnanschluss siehe: Blust, Luxburg.

Abb. 20: Diese Aufnahme von 1935 zeigt die ehemaligen Fabrikgebäude der «Alpina» in Luxburg bei Eggenach, die 1877 nach nur fünf Jahren ihren Betrieb einstellen musste.



korrentkredite der «Alpina» waren bei der Filiale in Romanshorn gebucht worden. Der dortige Gerant Wehrli musste sich nachträglich wegen eventueller Kompetenzüberschreitung intern rechtfertigen. Im Übrigen war zur Liquidation der «Alpina» nach Ansicht der Bankleitung der Prozessweg zu beschreiten.<sup>292</sup>

Der Zusammenbruch dieser Gesellschaft erregte beträchtliches Aufsehen, nicht zuletzt, weil auch kleinere Aktionäre im Thurgau vom Verlust betroffen waren. Enttäuschung und Wut müssen beträchtlich gewesen sein. Selten ging ein junges Unternehmen nach einem fulminanten Start so schnell zugrunde. Die Aktionäre setzten im Oktober 1875 eine Kommission ein, um die Verantwortlichkeiten zu untersuchen, denn das Aktienkapital von 800 000 Franken schien vollständig verloren.<sup>293</sup> Die beigezogenen Buchprüfer und Experten kamen zu verheerenden

Schlussfolgerungen. Selbst die von der Gesellschaft «Alpina» angeforderte Expertise von J. H. Müller, der versuchte, die Angelegenheit ohne Vorurteile zu beurteilen, kam zum Schluss: «Eine unfähige Verwaltung, gewissenlose Nachlässigkeit des ersten technischen Direktors, zu starke Produktion in Luxburg, verbunden mit teurem und schlechtem Betrieb in Sonthofen, ungenügender und unzweckmässiger Absatz und die Ungunst der Zeitverhältnisse sind die Hauptursachen der Katastrophe.» Müller war allerdings der Ansicht, die Aktionäre hätten den «Karren» mit ihrem Entscheid vom Oktober 1875 selbst umgeworfen und mit der Zwangsliquidation die Verluste

292 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 21.4.1876 und 22.4.1876; StATG 8'404'3, 1/0: Protokoll VR, 22.4.1876.

293 TZ, 28.10.1875 und 29.10.1875.

noch vergrössert.<sup>294</sup> Auf die nachfolgenden gerichtlichen Auseinandersetzungen, die die Richter vor einige schwierige Fragen stellte, soll hier nicht mehr eingegangen werden.<sup>295</sup> Für die Hypothekenbank war die Affäre der «Alpina» eine peinliche Angelegenheit. Selbst wenn sie direkten Angriffen weitgehend entging, so fiel doch aufgrund der exzessiven Kreditgewährung ein Schatten auf die Bank, umso mehr, als der Gerant Wehrli seit Februar 1874 im sogenannten Aufsichtsrat der «Alpina» sass.

### 3.3 Mitfinanzierung der Bischofszeller Bahn (1873–1875)

In der Region Bischofszell suchte man aus leicht verständlichen Gründen schon früh Anschluss an die grossen Hauptlinien Winterthur–St.Gallen (Vereinigte Schweizerbahnen) und Winterthur–Romanshorn (Nordostbahn). Erst die Einigung zwischen der Bürger- und der Munizipalgemeinde Bischofszell im Jahr 1870 machte indes den Weg zur Subventionierung einer Eisenbahnverbindung frei.<sup>296</sup> Ein Eisenbahnkomitee unter Präsident Paul Nagel trieb das Projekt zielbewusst voran. Auf die verschiedenen Varianten der Linienführung vom Thurtal bis nach Gossau soll hier nicht eingetreten werden. Die Idee einer Verlängerung bis Herisau scheiterte am Widerstand der Appenzeller, die einen direkteren Anschluss an St.Gallen suchten. So blieb es schliesslich bei der Streckenführung Sulgen–Bischofszell–Gossau (23 Kilometer). Die Finanzierung bot trotz grosszügiger Beteiligung der Gemeinde Bischofszell einige Schwierigkeiten. Das Aktienkapital wurde mit knapp 2 Millionen Franken nicht ganz im erwünschten Rahmen gezeichnet. Davon übernahm die Gemeinde Bischofszell 650 000 Franken, der Kanton Thurgau und die Nordostbahn je 300 000 Franken und der Kanton St.Gallen 200 000 Franken. Von Privaten kamen 257 000 Franken des Aktienkapitals (davon 75 000 Franken von der Witwe

des bekannten Fabrikanten J. J. Brunschweiler in Hauptwil). Der Rest entfiel hauptsächlich auf die Gemeinden an der Bahnlinie. Hinzu kamen Beteiligungen aus der Stadt St.Gallen.

Im März 1873 begannen die Verhandlungen des Eisenbahnausschusses unter dem Präsidium von Nagel mit der Hypothekenbank. Die Eisenbahninitiatoren dachten zunächst an eine Obligationenanleihe von einer Million Franken; ausserdem wünschte die Bürgergemeinde Bischofszell einen Kredit von 400 000 Franken. Die ganze Angelegenheit schien ziemlich komplex und in der Folge etwas verwirrend. Jedenfalls signalisierte die Hypothekenbank Bereitschaft zur Mitfinanzierung.<sup>297</sup> Allerdings beharrte die Bank auf klaren Rentabilitätsrechnungen und wünschte eine Zinsgarantie entweder einer «solventen Betriebsgesellschaft» oder der Gemeinde. Und sie merkte an, sie könne keinesfalls auf «geheime Bedingungen» eingehen (was auch immer damit gemeint war).<sup>298</sup> Dann wünschte im Januar 1874 die Munizipalgemeinde Bischofszell einen Kredit von 500 000 Franken auf zehn Jahre. Erneut zeigte die Bank grundsätzliche «Geneigtheit», falls das Darlehen durch Pfandsicherheit auf dem Bahnkörper abgesichert sei.<sup>299</sup> Dabei ging es im Grunde um die Beschaffung des sogenannten Obligationenkapitals von insgesamt 1,5 Millionen Franken. Die Bischofszeller Bahn konnte sich in dieser Hinsicht 1874 auf zwei Hauptpfeiler stützen: zunächst auf ein Prioritätsdarlehen des Basler Bankhauses Labhardt & Cie. von 600 000 Franken (zu 5 %), gefolgt von einer Finanzie-

294 Müller, «Alpina», S. 10 ff.

295 Vgl. Urtheil «Alpina».

296 Knoepfli, Bischofszeller Bahn, S. 33 ff.

297 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 12.3.1873 und 17.3.1873.

298 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 11.10.1873 und 21.11.1873.

299 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 13.1.1874 und 26.2.1874.

zung der Thurgauer Hypothekenbank von 800 000 Franken zu 4½ % (abgesichert für 775 000 Franken durch die Munizipalgemeinde Bischofszell sowie für 25 000 Franken durch die Leihkasse Bischofszell). Schliesslich mussten die Einwohner von Bischofszell noch 100 000 Franken zu 4 % übernehmen. Unter diesen Voraussetzungen erteilten die zwei beteiligten Kantone und der Bundesrat im Frühjahr 1874 ihre Einwilligung zum Bau.<sup>300</sup> Die Hypothekenbank spielte somit bei der Finanzierung dieser Bahn eine ganz wesentliche Rolle. Ohne Vertrauen in die leitenden Herren des Bahnprojekts (Paul Nagel, Jakob Albert Scherb, Gemeindeammann Heinrich Kundert und H. Müller) und vor allem in die Zahlungsfähigkeit der Gemeinde Bischofszell wäre dies nicht möglich gewesen. Über die Weiterplatzierung der Obligationen geht aus den Akten der Bank nichts Präzises hervor. Gewiss ist immerhin, dass die Bank im Jahr 1881, in Anbetracht der «etwas zweifelhaften Situation dieses Unternehmens», einen Posten von 70 000 Franken aus dem eigenen Portefeuille verkaufen wollte, was ihr erst gelang, als sie sich mit einem Kurs von 88 % zufriedengab.<sup>301</sup>

Die Bischofszeller Bahn nahm ihren durchgehenden Betrieb mit Verspätung im Juli 1876 auf. Die Betriebsführung wurde für zehn Jahre von der Nordostbahn besorgt (gegen einen jährlichen Pachtbetrag zur Verzinsung des Obligationenkapitals). Doch die Rechnung ging aus verschiedenen Gründen nicht auf. Die Baukosten beliefen sich bis 1880 auf netto 3,8 Millionen Franken. Die Bürgergemeinde Bischofszell musste massiv «nachsubventionieren» (rund 300 000 Franken). Im Jahr 1885 kam dann der Verkauf der Linie für 1,5 Millionen Franken an die Nordostbahn zustande (wie dies im Pachtvertrag vorgesehen war). Die Gemeinde Bischofszell konnte trotz erlittenem Verlust aufatmen. Der «Kraftakt» hatte auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region zweifellos einen belebenden Einfluss, der sich allerdings in Zahlen kaum erfassen lässt.

### 3.4 Von den Beltinger'schen Fabriken in Diessenhofen und Schaffhausen über Herrn Seligmann nach Berlin

Welche direkten und indirekten Risiken die Hypothekenbank mit ihrer neuen Filiale in Romanshorn einging, war vermutlich nur wenigen Mitgliedern des Verwaltungsrats einigermaßen bewusst. Im Mai 1872 musste die Direktion der Bank über «Wechselanstände» mit einem A. Beltinger aus Lindau an die Verwaltungskommission berichten. Beltinger hatte seine Fabriken in Diessenhofen und Schaffhausen an Martin Seligmann in Berlin verkauft. Dieser wollte daraus – entsprechend der Mode der Zeit – eine Aktiengesellschaft machen, «um Solvenz zu erstellen», denn Beltinger war zahlungsunfähig. Bald stellte sich heraus, dass mit Liquidationsabsichten seitens Seligmann zu rechnen war. Es galt deshalb für die Hypothekenbank, bestmögliche Sicherungsmassnahmen für ihre Forderungen zu treffen. Der insgesamt gefährdete Betrag geht aus den Bankakten nicht eindeutig hervor.<sup>302</sup> Jedenfalls konnte Seligmann 1874 die der Bank verpfändete Liegenschaft in Diessenhofen verkaufen und damit einen Teil der Schuld vermutlich regeln. In Schaffhausen hingegen kamen die Verkaufsversuche nicht voran. 1876 berichtete Seligmann schliesslich aus seinem Wohnort Berlin, dass er durch die «üble Geschäftslage und besondere Unfälle in seinen Vermögensverhältnissen derangiert» sei und die Verzinsung der Hypothek in Schaffhausen nicht mehr leisten könne. Die Bankleitung war jetzt bereit, das dortige Pfand direkt zu

---

300 Zahlen gemäss Bericht der Geschäftsführung der Bischofszeller Bahn an die Generalversammlung 1881, in: StATG 4'243'22.

301 StATG 8'404'13, 1/10: Protokoll VK, 12.2.1881 und 5.3.1881.

302 StATG 8'404'10, 1/7: Protokoll VK, 25.5.1872, 11.10.1872, 18.10.1872.

übernehmen.<sup>303</sup> Die Bank wollte das Fabrikgebäude möglichst schnell unter Einschaltung von Agenten loswerden. Das gelang jedoch auch in diesem Fall nicht in nützlicher Frist. Stattdessen musste sich die Bank nun mit einem Pfand Seligmanns in der Nähe von Berlin herumschlagen. Dazu erwies es sich als notwendig, einen deutschen Rechtsanwalt einzuschalten. Die Schuld Seligmanns gegenüber der Hypothekenbank belief sich im Jahr 1879 noch auf 60 000 Mark – und einmal mehr konnte er die Zinsen nicht bezahlen.<sup>304</sup> Erst 1887 gelang es der Bank nach jahrelangen Bemühungen, das Grundstück in Rixdorf (heute Berlin-Neukölln) loszuwerden; sie musste indes einen Restbetrag stehenlassen und mit einiger Sicherheit eine weitere Abschreibung vornehmen.<sup>305</sup> Die Bankleitung befand sich bis zum Ende der 1870er-Jahre (und teilweise darüber hinaus) ganz offensichtlich auf einer ziemlich steilen «Lernkurve». Sie machte ganz neue, recht unangenehme Erfahrungen, wie das folgende Kapitel zeigt.

### 3.5 «Böse Zeiten»: Die Hypothekenbank muss die Dividende kürzen, und die Eisenbahnbarone geraten in die Krise (1875–1878)

Der wirtschaftliche Aufschwung nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 hielt je nach Branche unterschiedlich lange an. Inwiefern Firmenzusammenbrüche durch die konjunkturelle Entwicklung mitverursacht wurden, lässt sich nur selten genau bestimmen. Kommt dazu, dass sich die regionale Wirtschaftsentwicklung nicht unbedingt im Gleichschritt mit makroökonomischen Auf- und Abschwüngen bewegt. Und die Reingewinnkurve einer Regionalbank reflektiert nur sehr bedingt die dortige Wirtschaftsentwicklung. Nichts zeigt das besser als ein Blick auf die Verluste der Hypothekenbank in den 1870er-Jahren. Im Geschäftsbericht für das Jahr 1872

schuf die Bank etwas Transparenz: Sie nannte einen Verlust von 44 000 Franken, der im Wechselverkehr der Filiale Romanshorn mit einer zahlungsunfähigen deutschen Firma entstanden sei (das war der oben erwähnte Fall Beltinger, der mit dem Nachfolgeschuldner Seligmann noch längst nicht bereinigt war). Hinzu kamen weitere 9387 Franken an Verlusten in fünf Konkursen.<sup>306</sup> Im folgenden Jahr mussten auf dem Wertschriftenbestand netto rund 17 000 Franken abgeschrieben werden.<sup>307</sup> Der Krach der Wiener Börse hatte auf diesem Gebiet weitreichende Ausstrahlungen. Die Börsenbaisse erreichte direkt oder indirekt auch die Schweiz. Für 1874 sah sich die Hypothekenbank zu einer Wertberichtigung auf Wertschriften von netto rund 24 000 Franken veranlasst. Die Dividende konnte gleichwohl noch auf 7 % gehalten werden (nach dem bisherigen Höchststand von 8 % im Vorjahr).<sup>308</sup> Das traditionelle Geschäft lief demnach noch sehr befriedigend. Gemäss herkömmlicher wirtschaftshistorischer Analyse erreichte der konjunkturelle Zyklus in der Schweiz sogar erst 1875 seinen Höhepunkt. Darauf folgte ein Abschwung bis Mitte der 1880er-Jahre (der allerdings von 1878 bis 1881 teilweise unterbrochen wurde).<sup>309</sup>

Für die Hypothekenbank wurde jedoch bereits das Jahr 1875 zum grossen Rückschlag. Im Herbst jenes Jahres vervielfachten sich die schlechten Nachrichten. Bankpräsident Hermann Kappeler referierte über die Baisse der Gotthardbahn-Aktien. Die Ver-

303 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 9.2.1874 und 19.5.1876.

304 StATG 8'404'12, 1/9: Protokoll VK, 24.4.1877, 29.8.1878, 22.11.1878, 17.12.1878, 4.3.1879; StATG 8'404'13, 1/10: Protokoll VK, 30.8.1879.

305 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 8.9.1884, 28.3.1886, 1.5.1887, 2.7.1887, 8.8.1887.

306 TZ, 4.5.1873.

307 TZ, 28.4.1874.

308 TZ, 25.4.1875.

309 Vgl. Siegenthaler, Schweiz, S. 458.

waltungskommission beschloss jedoch, «dermalen» (das heisst im September) vom Verkauf ihrer eigenen Gotthardpapiere abzusehen und nähere Erkundigungen einzuziehen. Im November erhielt die Direktion den Auftrag, die Lombardkredite durchzugehen und in Anbetracht der Wertschriftenbaisse, wo nötig, Mehrdeckung zu verlangen (das betraf vor allem den grossen Kunden James Meyer in St.Gallen).<sup>310</sup> Hinzu kam nun die «Alpina»-Krise. Die Gerüchteküche brodelte auch im Thurgau. Spätestens bis zum Februar 1876 wurde klar, dass die Gotthardbahn unter Alfred Escher in einer Finanzkrise steckte und enorme neue Mittel zur Fertigstellung des Tunnels und der gesamten Strecke benötigte.<sup>311</sup> Auch die Leitung der Hypothekenbank liess sich nun von der Panik bis zu einem gewissen Grad anstecken und verkaufte einen Teil ihrer Gotthardbahn-Wertschriften zu tief gedrückten Preisen.<sup>312</sup>

Fast zeitgleich mit der Krise der Gotthardbahn sah sich die Hypothekenbank veranlasst, in einem ungewöhnlichen Schritt öffentlich gegen abträgliche Gerüchte vorzugehen. In einem Inserat in der «Thurgauer Zeitung» nahm sie Bezug auf die «Sage», die Bank habe «so erhebliche Verluste erlitten, dass sie ihren Verpflichtungen nicht mehr Genüge leisten könne». Dieses Gerücht beruhe auf «völliger Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse» und müsse als «Verleumdung» qualifiziert werden. Die Verwaltungskommission der Bank behielt sich vor, gerichtliche Schritte einzuleiten und war bereit, Mitteilungen über den ursprünglichen Urheber des Gerüchts mit einer Prämie von 200 Franken zu belohnen.<sup>313</sup> In einem Kommentar der «Thurgauer Zeitung» war am folgenden Tag etwas präziser von diesen Gerüchten die Rede: die Hypothekenbank werde im Fall «Alpina», der Nationalbahn, «ja sogar an türkischen Papieren so grosse Verluste erleiden, dass ihre Zahlungsfähigkeit in Frage komme». Die Folge davon seien bereits Kündigungen von Obligationen und Sparkasengeldern gewesen. Die Zeitung bemühte sich

dann, mit Bezug auf «sicherste Quellen» die angeblichen Verluste auf türkischen Papieren ins Reich der Fabel zu verweisen, um dann polemisch anzufügen, solche Wuchergeschäfte überlasse die Bank Leuten von anderem Schlage, «zum Beispiel den Jesuiten, die bekanntlich ihre Ersparnisse beim Grosstürken angelegt haben». Die Bank habe niemals türkische Papieren besessen (diese Feststellung kann aufgrund der Bankprotokolle aus der Rückschau bestätigt werden). Was die Nationalbahn betreffe (die ebenfalls in einer Krise steckte), so habe die Bank zwar Darlehen an thurgauische Gemeinden zum Zwecke von Einzahlungen an die Nationalbahn gemacht, doch dafür hafteten die betreffenden Ortschaften. Bei der «Alpina» schliesslich sei die Bank «direkter» beteiligt, diese Kredite seien jedoch «durch solide Bürgschaft vollkommen sicher gestellt». Soweit zu den verbreiteten «Lügen». Nicht zu bestreiten sei indes, dass die Bank – wie jedermann, der Vermögen in schweizerischen Wertpapieren besitze – «namhafte Abschreibungen» darauf machen müsse. Doch das seien ja keine definitiven Verluste (sofern die Papieren gehalten würden). Allerdings müssten die Aktionäre eine Dividendenreduktion erwarten. Die «Thurgauer Zeitung» sähe es als ihre Pflicht an, die Wahrheit zu verkünden, um gleichzeitig zu vermeiden, dass aus «leerem Gerede» wirklicher Schaden entstünde, der nicht bloss die Hypothekenbank, sondern auch den Kanton Thurgau treffen müsste. Die Bank stehe «fest, solid und vertrauenswürdig» da wie bisher.<sup>314</sup>

Die Verunsicherung scheint gleichwohl beträchtlich gewesen zu sein. Die Krise von Gotthardbahn und Nationalbahn warf lange Schatten. Vermö-

---

310 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 29.9.1875 und 12.11.1875.

311 Siehe dazu u. a. Jung, Alfred Escher, S. 412 ff.

312 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 23.2.1876.

313 TZ, 17.2.1876.

314 TZ, 18.2.1876.



gen schmolzen auch im Thurgau teilweise rasch dahin. Dies gilt es in Bezug auf die Lage der Hypothekenbank zu berücksichtigen. Bis Anfang März 1876 waren Kündigungen von Kreditoren- und Obligationengeldern im Betrag von 824 000 Franken (für die folgenden sechs Monate) eingegangen. Auf der Kreditseite schien die Position von James Meyer in St. Gallen von 176 000 Franken beunruhigend. Er sollte Mehrdeckung von 20 % leisten, oder dann war Zahlung beziehungsweise Liquidation zu verlangen. Die Kündigungen der Kreditoren mehrten sich bis Mai 1876. Die Bankleitung schien nun besorgt um den «Kredit der Anstalt», das heisst über den Vertrauensschwund. Sie beschloss, den Wertschriftenbestand langsam weiter zu reduzieren (vor allem um amerikanische Papiere sowie Gotthardbahn-Obligationen). Mit dem Rest der Schweizer Papiere wollte sie wegen der Schwäche des Marktes zuwarten.<sup>315</sup>

Inzwischen hatte sich der Verwaltungsrat der Bank dazu entschieden, die Dividende für das Geschäftsjahr 1875 auf 4 % zu reduzieren. Das entsprach zwar einer Halbierung verglichen mit dem Jahr 1873, brachte den Aktionären aber immer noch eine Art «Normalverzinsung». Es handelte sich somit um einen geschäftspolitischen Entscheid, der wenig mit dem echten Resultat des Jahres 1875 zu tun hatte. Für die Zahlung der Dividende brauchte man 120 000 Franken, andererseits machte die Entwertung der Wertschriften im eigenen Portefeuille eine ausserordentliche Abschreibung von rund 246 000 Franken notwendig. Um diese Kombination bewerkstelligen zu können, mussten 55 000 Franken dem Reservefonds entnommen werden (und die leitenden Angestellten hatten auf ihre Tantieme zu verzichten).<sup>316</sup> Das war das erste Mal in der Geschichte der Bank, dass man zu solchen Massnahmen Zuflucht nehmen musste. Ein völliger Dividendenverzicht, so ging wohl die Überlegung, hätte die Bank noch mehr Vertrauen gekostet und den Aktienkurs stark in Mitleidenschaft gezogen.

Nun kam eine neues Problem hinzu, das den Thurgau ziemlich direkt betraf: Auch die Nordostbahn befand sich im Sommer 1876 zunehmend in Finanzschwierigkeiten. Um die kurzfristige, schwebende Schuld zu konsolidieren, drängte sich eine rasche Aktienemission auf. Die Kreditanstalt als Emissionsführerin fragte auch die Hypothekenbank für eine Beteiligung am Bankenkonsortium an. Die Verwaltungskommission lehnte jedoch im Juli ab. Sie versuchte im Gegenteil, ihre alten NOB-Aktien sowie einen weiteren Posten von Gotthardbahn-Papieren loszuwerden (was ihr zu tiefen Kursen nach und nach auch gelang). Bis Ende September 1876 war auf den verkauften Wertpapieren ein Verlust von rund 27 000 Franken aufgelaufen.<sup>317</sup> Auch in diesem Fall gerieten Alfred Escher als «Bugfigur» (damals Verwaltungsratspräsident der NOB) und seine Trabanten alsbald in die Schusslinie. Die NOB hatte sich in den vorangehenden vier Jahren auf einen unsinnigen Wettlauf mit den Rivalen (vor allem aus Winterthur) um den Bau neuer Bahnstrecken eingelassen. Verwaltungsrat und Direktion mussten sich bei den nachfolgenden Untersuchungen massive Vorwürfe gefallen lassen («Mangel an Übersicht», Selbsttäuschung», «Sorglosigkeit hinsichtlich der verfügbaren Mittel», etc.).<sup>318</sup> Zu erinnern ist, dass der Kanton Thurgau nach wie vor am Aktienkapital der Nordostbahn beteiligt war und Delegierte in den Verwaltungsrat abordnete. Auch der Thurgau hatte jahrelang von den hohen Dividenden profitiert (7 bis 8 % seit den 1860er-Jahren). Viele Thurgauer waren auch privat an der bisher blühendsten Privatbahn der Schweiz beteiligt. Das

315 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 3.3.1876, 10.5.1876, 19.5.1876.

316 StATG 8'404'3, 1/0: Protokoll VR, 2.3.1876; StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 3.3.1876.

317 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 11.7.1876; StATG 8'404'12, 1/9: Protokoll VK, 11.7.1876, 24.7.1876, 29.8.1876, 29.9.1876.

318 Vgl. Kessler, Nordostbahn, S. 91 ff.

galt natürlich vor allem für Eduard Häberlin, langjähriges Mitglied der Direktion der NOB aus dem Thurgau. Er wirkte seit 1858 in diesem Amt, in dem er allerdings neben Alfred Escher und anderen Direktoren keinen allzu grossen Einfluss ausübte. Nun glaubte Häberlin offenbar im Dezember 1876, es sei die Stunde für eine Baissespekulation auf NOB-Aktien gekommen. Dies war bei Weitem nicht seine erste spekulative Transaktion. Und er tat es häufig auf Kreditbasis, wie viele andere Spekulanten auch. Allerdings benützte er dazu nicht die Hypothekenbank, sondern vorwiegend die Kasse der Nordostbahn, bei der solches bis zum Sommer 1876 offenbar nicht ungewöhnlich war. Im Dezember 1876 nun wickelte er seine Spekulation «à découvert» über die Thurgauer Kantonalbank ab, und er gewann dabei. Sein Vorgehen war in einer derartigen Finanzkrise der eigenen Gesellschaft skandalös. Gerüchte gelangten an die Öffentlichkeit. Er stand vollständig diskreditiert da und musste als NOB-Direktor Anfang 1877 zurücktreten.<sup>319</sup> Das war ein höchst schmachvoller Abgang dieses einst so bedeutenden Thurgauer Politikers und Staatsanwalts, der in seinem Heimatkanton politisch freilich bereits 1869 «entmachtet» worden war.

Die Hypothekenbank hatte derweil nach Ansicht der «Thurgauer Zeitung» das Jahr 1876 «trotz der bösen Zeiten» recht gut überstanden und «ihre Solidität neuerdings bewährt». Nach Abschreibungen von 55 494 Franken auf den Wertschriften sowie 50 833 auf den Debitoren verblieb ein Reingewinn von 157 276 Franken, der eine Dividende von 5 % erlaubte.<sup>320</sup> Das nahm sich im Quervergleich durchaus respektabel aus, nämlich auf gleicher Höhe wie die grosse Schweizerische Kreditanstalt. Eine erfolgreiche Regionalbank wie die Toggenburger Bank konnte freilich für jenes Jahr 6,2 % ausschütten. Die Bankangestellten der Thurgauischen Hypothekenbank mussten sich allerdings mit einer sehr mageren Tantieme begnügen, und ins neue Jahr konnte nur sehr wenig vorgetragen werden. Aber es ging ja in erster Linie

darum, die Aktionäre in diesen schwierigen Momenten bei der Stange zu halten. Bei der Gotthardbahn konnte damals keine Dividende bezahlt werden, bei der Nordostbahn sackte sie auf bescheidene 3,1 % ab, die überdies kaum verdient worden war (in den folgenden drei Jahren fiel die Dividende bei der NOB dann auch vollständig aus). Das Wichtigste war wohl für die Hypothekenbank, dass sie per Saldo nur geringe Einbussen bei den Sparkassageldern und den Kontokorrentkreditoren erlitt. Der Bestand der Hypothekendarlehen konnte sogar um mehr als 800 000 Franken erhöht werden. Kurz gesagt: Die Hypothekenbank hatte tatsächlich gezeigt, dass sie auch in schlechten Zeiten überleben konnte und über eine genügende Ertragskraft zur Abschreibung von mancherlei Verlusten verfügte.

Die Sanierung der Gotthard- und der Nordostbahn beschäftigte auch in den folgenden Jahren die Behörden und die Öffentlichkeit. Die Erregung bei diesen Themen war beträchtlich, zum Beispiel im Frühjahr 1877, als die «Übelstände» bei der Nordostbahn ans Licht gezerrt wurden. Ein Kommentator der «Thurgauer Zeitung» befürchtete bereits, dass die «Pariser Geldfürsten» nun die Bahn übernehmen würden. Während die Schweizer in Panik Aktien verkauft hatten, engagierte sich dem Vernehmen nach französisches Privatkapital.<sup>321</sup> In der Direktion der Nordostbahn sass nun Regierungsrat Severin Stoffel als Vertreter des Thurgaus, im Verwaltungsrat die Herren Altwegg, Egloff und Hanhart sowie Regierungsrat Carl Vogler. Der Kanton Thurgau blieb somit direkt involviert. Auf die komplexen Rettungsaktionen, bei denen eine neu gegründete schweizerische Eisenbahnbank eine wichtige Rolle spielen sollte,

---

319 Zur Spekulationsaffäre von Häberlin siehe ausführlich: Mebold, Häberlin, S. 423 ff. Zum fatalen Eindruck dieser Angelegenheit bereits: Gagliardi, Alfred Escher, S. 627.

320 TZ, 8.4.1877.

321 TZ, 3.5.1877.

kann hier nicht eingetreten werden. Hinzu kam nun 1878 die Zwangsliquidation der Nationalbahn und ihr Übergang an die Nordostbahn. Der Kanton Thurgau war bei der Nationalbahn mit rund 600 000 Franken beteiligt, die Gemeinde Steckborn mit 157 000 Franken (betreffend die sogenannte Ostsektion Winterthur–Singen–Kreuzlingen). Hier fielen beträchtliche Verluste an, die den betroffenen Gemeinden bis ins 20. Jahrhundert zu schaffen machten.<sup>322</sup> Die Sanierung der Gotthardbahn war ein noch schwierigeres Unterfangen, weil man auf das Einverständnis von Deutschland und Italien angewiesen war. Ein «Sündenbock» wurde gesucht und leicht gefunden: Der Bundesrat unter Führung von Emil Welti sowie ein Teil der Parlamentarier liessen Alfred Escher 1878 ziemlich unfein fallen. Doch die Bahn wurde fertig gebaut.<sup>323</sup> Halten wir an dieser Stelle noch fest, dass die Hypothekenbank 1877 den Rest ihrer Nordostbahn-Obligationen und der Gotthardbahn-Aktien abstiess. Das war mit einem Verlust von rund 43 000 Franken verbunden. Hinzu kamen in jenem Jahr noch Debitorenverluste von 25 000 Franken. Trotz dieser Einbusse gelang es, eine Dividende von 5 3/5 % auszurichten (nicht zuletzt, weil man auf eine Zuweisung an den Reservefonds verzichtete).<sup>324</sup>

Insgesamt gingen die Investitionen in den Eisenbahnbau in der Schweiz unter diesen Umständen deutlich zurück. Dies hatte naturgemäss Auswirkungen auf einen beträchtlichen Teil der schweizerischen Wirtschaft. Gleichwohl wird man die Situation differenziert betrachten müssen. Der Thurgau fiel keineswegs in eine tiefe Wirtschaftskrise, immerhin dämpften die Verluste auf den Eisenbahnpapieren die Risikofreudigkeit und Unternehmungslust auch in dieser Region. Pfarrer Johann Jakob Christinger sprach als Präsident der Gemeinnützigen Gesellschaft im Sommer 1877 nicht ohne Grund von «trüben Zeiten». Die Industrie sei «durch die auf ganz Europa lastende Vertrauenslosigkeit und unbestimmte Furcht zu halber Untätigkeit verurteilt».<sup>325</sup> Das war vermut-

lich eine etwas allzu pessimistische Einschätzung. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht, dass sich die Anzahl der Pfändungen, die von der Hypothekenbank veranlasst werden mussten, im Jahr 1876 (mit 447) auf dem gleichen Niveau wie 1874 bewegte, jedoch bedeutend tiefer lag als 1872 (809). Leider sind für die folgenden Jahre die diesbezüglichen Zahlen nicht bekannt. Das Hypothekengeschäft brach keineswegs ein: Abgesehen von einem leichten Rückgang im Jahr 1877 zeigten die ausstehenden Saldi bis 1882 eine sanft ansteigende Tendenz (von 25,7 Millionen Franken Ende 1877 auf 28,2 Millionen Franken Ende 1882). Die kurzfristigen Darlehen gegen Hinterlagen und Bürgschaft glitten freilich nach einem Zwischenhoch im Jahr 1878 kontinuierlich zurück (bei der Thurgauer Kantonalbank stagnierten sie in diesem Zeitraum). Man kann deshalb davon ausgehen, dass die Wirtschaftstätigkeit im Thurgau an Dynamik deutlich verloren hatte oder möglicherweise in gewissen Bereichen stagnierte oder abflachte. In den 1880er-Jahren setzte sich dieser Trend zunächst fort, was einigen Banken nicht behagen konnte, weil es schwieriger wurde, die nach wie vor zufließenden Kundengelder adäquat anzulegen (siehe Kapitel 3.9).

### 3.6 Beziehungen nach Gailingen (Grossherzogtum Baden) mit nachhaltigen Wirkungen

Wie die Verbindung der Thurgauischen Hypothekenbank zu Gailingen im Detail zustande kam, geht aus den Akten der Bank nicht eindeutig hervor. Fakt ist, dass die Bank dem Vorschussverein Gailingen bereits

---

322 TZ, 22.1.1882 zum Schlussbericht über die Zwangsliquidation.

323 Vgl. Jung, Alfred Escher, S. 424 ff.

324 TZ, 7.4.1878.

325 TZ, 10.6.1877.

Abb. 21: Inserat in der «Thurgauer Zeitung» für eine Vergantung in Anetswil bei Wängi im Jahr 1882. Ludwig und Simon Rothschild aus Gailingen als kurzzeitliche Besitzer bringen das Landwirtschaftsgut samt Gebäude, Vieh und Werkzeug zur Versteigerung.

## Max Stromeyer

in Konstanz  
kauft heute für 100 Franken in  
Schweizer-Roten 80 R. 80 Pfg.  
Rheinfrankenthaler 80 „ 80 „  
Silbertheilmünzen 80 „ 60 „  
Schweizer-Coupons 80 „ 60 „  
Napoleons den Tageskurs.  
Brief- u. Geldsendungen Postkreuzlingen.  
Auf alle Plätze Nordamerica's werden  
Auszahlungen vermittelt und billigst be-  
rechnet.

## Schützen-Gesellschaft Affelstrangen.

Bersammlung Sonntags den 16. April,  
Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn **Jr. Müller**.  
Neueintretende sind freundlich eingeladen  
**Der Vorstand.**

## J. Sch. G. Kaaperdweil.

Erster Schiehtag Sonntags den 16.  
April, Nachmittags punkt 1/2 Uhr im  
„Iwen“ in Kaaperdweil. Neueintretende  
sind freundlichst eingeladen.  
**Der Vorstand.**

## Anzeige.

Unterzeichnete zeigt hiemit an, daß sie  
ihren Beruf im Weibnähen, Glätten und  
Waschen wieder fortbetreibt. Schnelle Be-  
dienung zusichernd, empfiehlt sich  
**Frau Hanfmann, Kurzdorf**

## Gedörnte Kastanien, Gedörntes Obst

empfehlft

## Gant-Anzeige.

Für Rechnung der Konkursmasse des Sigmund Winkler, Wirth zur Eisen-  
gießerei in Romanshorn, werden Mittwochs den 19. April d. J., von Nachmittags  
1 Uhr an, gegen baare Bezahlung versteigert:  
1 Bierpression, 4 lange Tische, 6 lange Bänke, 1 runder Tisch und einige  
Zimmerstühle, 11 Sessel, 1 doppelter und 3 einfache Kleiderkästen, 6 Tableaux,  
3 Spiegel, verschiedene Wirthschaftsglaswaaren, 2 Hängelampen, 22 Vorhänge, 6  
vollständige Betten sammt Bettstätten, 30 Hektoliter Most und 6 Hektoliter Wein,  
5 Fässer, 2 große Ständen, 1 Gießkanne, 1 Mohnmühle sammt Trude, 24 Hühner,  
1 Hund, 1 Dängerstod und Anderes mehr.  
Sobann kommt am gleichen Tage, Abends 7 Uhr in der Wirthschaft zum  
„Sonnenberg“, Neustraße dahier, die Liegenschaft des Erbaren bestehend in:  
Wohnhaus, affektirt für 17,000 Fr. — sammt dabei liegendem Pflanzland,  
zirka 6,75 Ar, auf Versteigerung.  
Romanshorn, den 14. April 1882.

Namens der Konkurskommission:  
**Die Notariatskanzlei.**

## Gant-Anzeige.

Unter Leitung der Gantbeamtung bringen **Gebrüder Simon und Ludwig  
Rothschild in Gailingen** als Käufer des Ulr. Rogerhans'schen Gütergewerbes  
in Anetswil bei Wängi, **Mittwochs den 19. April, von Mittags  
1 Uhr an** bei dessen Wohnhause folgende Fahrhabe auf öffentliche Versteigerung.



3 gelbgefärbte Kühe, worunter 2 schwertragende (Simm-  
enthaler), ein Quantum Heu und Stroh, 1 Wagen sammt  
Reitern und Benne, 1 Pflug, 1 Egge, verschiedene Fassung,  
1 Jauchepumpe, verschiedene Ständen, 1 Windmühle, 1 Stroh-  
schneidmahl, verschiedene Fruchtstiehe, 3 Viehgeschirre, Sensen,  
Rechen, Gabeln, Hauen, Räder, Ketten, 2 Stoßbennen, 2 Dängerstöcke und Jauche,  
etwas Holz, wie noch andere hier nicht genannte Fahrhabe.

Am gleichen Tage, Abends 7 Uhr werden in der **J. Sprenger'schen**  
Wirthschaft in Anetswil die Gebäulichkeiten und Liegenschaften unter Leitung der  
Gantbeamtung auf öffentliche Versteigerung gebracht.

Da bereits die schöne Lage und gute Qualität der Grundstücke bekannt sind, so  
lassen sich schon deswegen, als auch der sehr billig gestellten Zahlungsbedingungen  
halber, eine zahlreiche Käufererschaft erwarten, wozu freundlichst einladet für die  
Verkäufer:

Gailingen, den 14. April 1882.

**Die Gantbeamtung.**

## Municipalgmde. Frauenfeld.

Gestorben: Freitags den 14. d.:  
**Dorothea Böttchi,**  
geb. Ernst, Wittwe des Felix Böttchi  
in Kurzdorf;  
ihres Alters 79 Jahre, 4 Monate  
und 2 Tage.  
Beerdigung: **Montags** den  
17. d., Nachm. 1 Uhr, in Kurzdorf.

## Todes-Anzeige.

Berwandten, Freunden und Be-  
kannten machen wir hiemit die  
schmerzliche Mittheilung, daß es  
Gott dem Allmächtigen gefallen hat,  
unsere innigst geliebte Gattin, Mut-  
ter, Tochter und Schwägerin

**Bertha Qui,**  
née Beerle,

nach kurzer schwerer Krankheit im  
29. Lebensjahre, heute, Freitags  
Abends 8 Uhr, unerwartet schnell  
zu sich in die ewige Heimat ab-  
zurufen.

Die Beerdigung findet künftigen  
Montag den 17. April, Morgens 1/9  
Uhr, in Eschenz statt.

Um stille Theilnahme bitten  
**Die trauernden Hinter-  
lassenen.**

Eschenz den 14. April 1882.

1873 in zwei Stufen einen Kontokorrentkredit von 60000 Franken einräumte. Vermutlich war dies Simon Rothschild aus Gailingen zu verdanken, der damals zusammen mit Wilhelm M. Bikert aus Wangen, auf der Halbinsel Höri gelegen, in den Genuss eines kurzfristigen Kredits kam, der durch vier «Bankschuldscheine» gedeckt war. Das weist darauf hin, dass sie Einlagen bei der Hypothekenbank getätigt hatten. Ein Novum war dann auch der Kontokorrentkredit von 40000 Franken, den Sigmund Weil, der 1875 in Konstanz lebte, gegen Hinterlage von deutschen Aktien erhielt (die Hypothekenbank musste sich zuerst über diese Papiere erkundigen). Der Kredit an den Vorschussverein Gailingen wurde kaum ein Jahr später auf 80000 Franken erhöht. Von Sicherheiten ist im Protokoll keine Rede.<sup>326</sup> Diese Kreditbeziehungen erscheinen aus der Rückschau ausserordentlich. Die Bank hatte bis dahin,

abgesehen vom «Zwangsfall» Seligmann und den gedeckten Warrants, keine solchen Kredite ins Ausland gewährt. Jedenfalls wurde hier eine frühe gegenseitige Verbindung geschaffen, die dann vom Jahr 1888 an zu sehr intensiven Geschäftsbeziehungen mit Güterhändlern aus Gailingen sowie aus Wangen führte. Diese Geschäfte, die für die Hypothekenbank ganz am Ende zum Teil fatale Wirkungen zeigten, sollen indes erst im zeitlichen Kontext genau betrachtet werden. Vorauszuschicken ist, dass Spekulanten aus Gailingen – wie etwa die Gebrüder Rothschild – seit den späten 1870er-Jahren bei der Vergantung von Liegenschaften im Thurgau aktiv beteiligt waren.<sup>327</sup> Bei den Güter-

326 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 18.6.1873, 15.8.1873, 12.8.1875, 10.5.1876.

327 Vgl. Inserate in: TZ, 1.3.1878 und 16.4.1882.

händlern aus Gailingen, Wangen und etwas später auch aus Konstanz handelte es sich grösstenteils um einen relativ engen Personenkreis mit Herkunft aus den jüdischen Gemeinschaften dieser südbadischen Gemeinden.<sup>328</sup>

### 3.7 Warrants auf Weizen und Malz: ein neuer Geschäftszweig in Romanshorn

Seit die Hypothekenbank in Romanshorn im Jahr 1870 eine Filiale errichtet hatte, suchte man dort das Geschäft zu erweitern (siehe Kapitel 2.4). Romanshorn war seit der Eröffnung der Nordostbahnlinie 1855 der wichtigste Warenumserschlagplatz im Kanton Thurgau und damit auch eine bedeutende Konkurrenz für den alten Hafen Rorschach im Kanton St.Gallen geworden. Lindau und Friedrichshafen, beide mit frühen Eisenbahnanschlüssen nach München beziehungsweise nach Ulm, waren die Verbindungshäfen am deutschen Ufer. Hauptsächlich die Nordostbahn besorgte den Dampfschiffverkehr zwischen Romanshorn und diesen Orten. Eine beträchtliche Erleichterung für den Gütertransport brachte dann der sogenannte Trajektverkehr, das heisst die direkte Verladung der Eisenbahnwagen seit 1869. Kaum erstaunlich war deshalb, dass Romanshorn einen fulminanten Aufschwung erlebte. Die Bevölkerung nahm von 1860 bis 1870 um rund 73 Prozent auf 3141 Einwohner zu (und überrundete damit bevölkerungsmässig die Bezirkshauptorte Arbon, Bischofszell und Weinfelden).<sup>329</sup>

Die Filiale der Hypothekenbank war seit 1873 mietweise im Neubau des Gastwirts Heinrich Guhl untergebracht. «Commandant» Guhl – er legte offensichtlich Wert auf die militärische Rangbezeichnung (Bataillonskommandant) – bekam für seinen Bau in der Nähe des Bahnhofs einen substanziellen Hypothekarkredit.<sup>330</sup> Das Bankgeschäft an diesem rasch aufstrebenden Ort und seiner Umgebung er-

wies sich jedoch in mancher Hinsicht als riskanter als in den ruhigeren Gefilden des Kantons. Das sensationelle Fiasko der «Alpina» in Luxburg wurde bereits erwähnt. Hinzu kamen seit 1871 Probleme mit einem Kredit der Hypothekenbank von 50 000 Franken an die insolvente Tonwarenfabrik/Ziegelei in Romanshorn, die sich über Jahre hinzogen. Wie in anderen Fällen, so wurde auch hier von der Bank und dem Schuldner lange versucht, den Konkurs zu vermeiden. 1873 begann sich die Bank freilich um die Maschinen zu sorgen. Erst 1875/76 wurde für dieses Kreditproblem eine befriedigende Regelung gefunden.<sup>331</sup>

Das Geschäft mit den Getreide- und Fruchthändlern kam andererseits nur sehr langsam in Fahrt. Nicht auszuschliessen, dass ein wichtiger Grund dafür bei der NOB-Lagerhausverwaltung in Romanshorn lag, die offenbar sehr grosszügig mit ihren Schuldnern verfuhr (erst 1877 scheint sie Zinsen verlangt zu haben).<sup>332</sup> Konjunkturelle Gründe könnten ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Die Einnahmen des Dampfbootbetriebs der Nordostbahn auf dem Bodensee fielen jedenfalls nach 1871 deutlich zurück. Die Gesellschaft wies in den Jahren 1873 bis 1875 sogar einen Verlust in diesem Segment auf. Erst 1877 setzte eine markante Erholung der Einnahmen ein.<sup>333</sup> Beim Geschäft mit den Warrants stand zu Beginn die Beziehung zu Dahm & Widmer im Vordergrund. Da ging es zum Beispiel 1873 um die Belehnung von 41 Fass Olivenöl (die Bankleitung wünschte, dass das Öl in sehr guten Gebinden an einem kühlen

---

328 Vgl. Götz, Gailingen sowie Bloch, Juden.

329 TZ, 30.6.1871.

330 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 5.4.1873, 9.5.1873, 19.8.1873, 29.12.1873, 6.7.1874, 21.4.1876.

331 StATG 8'404'10, 1/7: Protokoll VK, 1.3.1871, 7.1.1873, 17.1.1873; StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 5.4.1873, 15.8.1873, 12.8.1875, 29.9.1875, 8.2.1876.

332 Vgl. Kessler, Nordostbahn, S. 131.

333 Kessler, S. 281.

Ort und unter guter Aufsicht gelagert werde). Im folgenden Jahr wurden 36 Zentner eines neu entwickelten chemischen Farbstoffes namens Alizarin bevorschusst. Dahm & Widmer profitierten überdies von einer Limite für den Wechseldiskont.<sup>334</sup> Eher zaghaft begann das Warrantgeschäft mit deutschen Kunden: Ende 1873 mit einer kleinen Belehnung von Hafer für J. Lang aus Ulm, im Jahr 1875 gefolgt von grösseren Warrants für J. von Mayer in München auf Malzlieferungen. Da handelte es sich jeweils um mehrere Wagenladungen. Schliesslich kam bei dieser Geschäftssparte auch August Kesselring aus Romanshorn dazu, der beträchtliche Weizenimporte bevorschussen liess.<sup>335</sup> Das Geschäft mit von Mayer intensivierte sich 1876. Nicht sehr vertrauenerweckend war freilich, dass die Bank die Warrants mehr als einmal verlängern musste. Im Frühjahr 1877 wurde die Bankleitung deshalb etwas unruhig. In jenem Jahr kam übrigens ein weiterer Malzlieferant, diesmal aus Ulm, zum wachsenden Kundenstamm. Und Louis Liebmann in Romanshorn sorgte 1878 mit seinen Weizenimporten aus Ungarn ebenfalls für eine Geschäftsausweitung bei den Warrants.<sup>336</sup> Welchen Umfang das Geschäft mit Liebmann annahm, mag eine Momentaufnahme vom November 1879 zeigen: Damals bevorschusste die Hypothekenbank insgesamt sechs Warrants auf Weizen (mit Verfall bis Februar 1880) für einen Totalbetrag von 150 000 Franken.<sup>337</sup>

Das Geschäft mit diesen Warrants war für die Bank zwar im Einzelfall profitabler als Hypothekarkredite, das Risiko, irgendwann auf Malz oder Weizen sitzenzubleiben, schien jedoch nicht unbeträchtlich. Auch bei dieser Sparte befand sich die Bankleitung auf einem Lernpfad. Halten wir im Zusammenhang mit der Filiale in Romanshorn noch fest, dass Gerant Wehrli 1876 in den Grossen Rat des Kantons Thurgau gewählt wurde. Das passte der Bankleitung jedoch «mit Rücksicht auf die vorwaltenden Verhältnisse» überhaupt nicht. Die Schwierigkeiten einer adäqua-

ten Stellvertretung sowie das zunehmende Geschäftsvolumen in Romanshorn wurden ins Feld geführt. Die Verwaltungskommission der Bank untersagte Wehrli ziemlich abrupt jede politische Tätigkeit (auch in der Gemeinde).<sup>338</sup> Man kann daraus den Schluss ziehen, dass die Bank unbedingt vermeiden wollte, in politische Querelen, die häufig auch personalbezogen waren, hineingezogen zu werden.

### **3.8 Kredithilfe an thurgauische Gemeinden (und die Insolvenz von Niederneunforn im Jahr 1884)**

Die Hypothekenbank unterhielt seit ihrer Gründung enge Beziehungen zu den Gemeindebehörden des Kantons. Dies hing, wie mehrfach erwähnt, mit den teilweise umstrittenen gemeinderätlichen Schatzungsgarantien für die Hypotheken zusammen. Dass auch manche «Dorf magnaten» zu den Kreditnehmern gehörten, versteht sich dabei fast von selbst. Das hiess nun freilich nicht, dass sich dieselben in eine Abhängigkeit von der Hypothekenbank begeben hätten. Eher das Gegenteil schien der Fall: Die Bank war mit ihrem knappen Personalbestand auf enge Beziehungen zu den Kennern der lokalen Verhältnisse, ob nun dem Gemeindeammann, dem Friedensrichter, Notar oder dem Herrn Pfarrer dringend angewiesen. Einer dieser Männer besorgte ja recht häufig auch die «Einnehmerei» der Hypothekenbank-Sparkasse.

---

334 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 15.7.1873, 15.8.1873, 12.9.1874, 21.7.1875.

335 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 21.11.1873, 14.5.1875, 5.7.1875, 12.11.1875, 16.12.1875.

336 StATG 8'404'12, 1/9: Protokoll VK, 11.7.1876, 29.11.1876, 21.3.1877, 9.8.1877, 28.10.1878.

337 StATG 8'404'13, 1/10: Protokoll VK, 7.11.1879, 28.11.1879.

338 StATG 8'404'12, 1/9: Protokoll VK, 29.11.1876.

Wenn sich nun bei einer Gemeinde (oder Korporation) ein besonderes Finanzierungsbedürfnis einstellte, dann war es bis 1871 ziemlich naheliegend, sich zuerst an eine der wenigen lokalen Leih- und Sparkassen und dann an die Hypothekenbank zu wenden. Das blieb übrigens bis in die 1860er-Jahre ein ziemlich seltenes Ereignis. Bei Weitem das bedeutendste Kreditgesuch in dieser Hinsicht wurde der Hypothekenbank 1862 – wie erwähnt – von der Stadt Frauenfeld für den Bau der Kaserne gestellt. Die Bürgergemeinde Frauenfeld stand noch im Jahr 1880 mit 310 000 Franken auf der Debitorensseite der Hypothekenbank.<sup>339</sup> Deutlich übertroffen wurde dieser Kredit dann 1874/75 von der Finanzierung der Gemeinde Bischofszell zum Zweck des Eisenbahnbaus (Kapitel 3.3).

Für kleinere Gemeinden waren auch kleinere Kredite der Hypothekenbank bisweilen sehr nützlich. Nachfolgend seien einige Schuldner in dieser Kategorie (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) in chronologischer Reihenfolge genannt: Gemeinde Herdern (1867: 60 000 Franken), Katholische Kirchgemeinde Fischingen (1869: 32 000 Franken), Ortsgemeinde Romanshorn (1870: 50 000 Franken), Bürgergemeinde Eschlikon (1871: 25 000 Franken), Bürgergemeinde Herdern (1872: 25 000 Franken), Bürgergemeinde Ermatingen (1872: 100 000 Franken), Munizipalgemeinde Scherzingen (1872: 24 000 Franken), Kirchgemeinde Sirnach (1873: 50 000 Franken), Bürgergemeinde Frauenfeld (1874: 50 000 Franken), Bürgergemeinde und Ortsgemeinde Eschenz (1874: zusammen 44 000 Franken), Ortsgemeinde Amriswil (1874: 40 000 Franken), Ortsgemeinde Arbon (1874: 10 300 Franken), Bürgergemeinde Lommis (1875: 35 000 Franken), Bürgergemeinde Eschlikon (1876: 25 000 Franken), Schulgemeinde Zihlschlacht (1876: 40 000 Franken), Schulgemeinde Frauenfeld (1878: 70 000 Franken), Ortsgemeinde Affeltrangen (1878: 20 000 Franken), Bürgergemeinde Gachnang (1880: 21 500 Franken), Gemeinderat Kreuzlingen (1880: 67 600 Franken).<sup>340</sup> Meist wurden diese Kredite – so-

weit sichtbar – ohne besondere Sicherheiten auf mittlere bis lange Frist gewährt. Die betreffenden Protokolleinträge der Bank sind allerdings ziemlich summarisch gehalten und lassen häufig die interessantesten Details vermissen. Lokalhistorische Recherchen könnten vermutlich relativ leicht den Zweck der Kredite feststellen. Grössere Beträge dürften in Bauinvestitionen verschiedener Art geflossen sein.

Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang auch eine ausserkantonale Anfrage. Die Stadt Stein am Rhein sondierte 1874 bei der Thurgauischen Hypothekenbank wegen einer Anleihe von 400 000 Franken im Zusammenhang mit dem Bau der Eisenbahnlinie Winterthur–Singen–Kreuzlingen. Die Bank zeigte sich grundsätzlich bereit dazu, wünschte allerdings Verschreibung des Grundeigentums der Gemeinde oder eine Verpflichtung, dasselbe weder zu verpfänden noch grössere Teile zu verkaufen.<sup>341</sup> Diese Finanzierung kam dann offensichtlich nicht zustande.

Zu Problemen der Bank mit den Thurgauer Gemeinden kam es eher selten. Im August 1882 beschloss die Verwaltungskommission allerdings, die Kredite an zehn verschiedene Gemeinden und Korporationen durch zwei ihrer Mitglieder näher zu «untersuchen». Die Ursache dieser Massnahme geht aus den Akten nicht klar hervor. Im Fall Affeltrangen ist immerhin deutlich, dass sich die betreffende Gemeinde in Zahlungsverzug befand. Bei der Ortsbrunnenkorporation Romanshorn schien die Sicherheit für den Kredit von 50 000 Franken nicht ausreichend. Die Bürgergemeinde Niederneunforn befand sich mit einem kleinen Kredit von rund 5800 Franken ebenfalls auf der Liste,

339 StATG 8'404'13, 1/10: Protokoll VK, 24.3.1880.

340 StATG 8'404'8 bis 8'404'13: Protokoll VK, 17.6.1867, 27.1.1869, 12.11.1870, 29.9.1871, 30.1.1872, 24.8.1872, 28.11.1872, 23.5.1873, 13.1.1874, 17.4.1874, 7.8.1874, 12.9.1874, 5.7.1875, 21.4.1876, 10.5.1876, 1.5.1878, 11.11.1878, 5.8.1880, 12.11.1880.

341 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 26.2.1874.

**Abb. 22: Postkartenansicht von Niederneunforn in den 1880er-Jahren. Die Hypothekenbank verzichtete 1884 in einem Gerichtsprozess auf die Hälfte ihrer Geldforderung an das stark verschuldete Dorf.**



ohne dass damals etwas Besonderes vorgekehrt wurde.<sup>342</sup> Im Jahr 1884 sah das freilich anders aus.

Die Orts- und die Bürgergemeinde Niederneunforn kamen nun ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nach, worauf der «Rechtstrieb» (Betreibung) von der Hypothekenbank und der Sparkasse Frauenfeld angehoben wurde. Die Schuld der zwei Gemeinden gegenüber der Hypothekenbank belief sich auf rund 20000 Franken. Niederneunforn befand sich zweifellos in einer finanziellen Notlage. Auch der Kanton Thurgau gehörte mit einem unverzinslichen Darlehen von 20000 Franken zu den Hauptgläubigern. Die Entstehung der Schulden lag – soweit ersichtlich – im Wesentlichen im Brücken- und Strassenbau (der vom Kanton stark subventioniert worden war). Zu berücksichtigen war ferner, dass sich die Einwohnerzahl und das Steuervermögen von Niederneunforn in den vorangehenden Jahren wesentlich vermindert hatten. Der Versuch, das Problem an gemeinsamen Besprechungen der Gläubiger mit

der Gemeinde zu regeln, scheiterte im April 1884, obschon die zwei Banken zu gewissen Konzessionen bereit waren. Die Bürgergemeinde Niederneunforn verhielt sich nach Ansicht des Regierungsrats «renitent». Die Ortsgemeinde beschloss schliesslich im Mai 1884, die Insolvenzerklärung beim Bezirksgerichtspräsidenten abzugeben. Zu einer Abtragung der Schuld über höhere Steuern schien sie nicht geneigt. Der Regierungsrat hingegen wollte einen Konkurs vermeiden, nicht zuletzt, weil das Gemeindegut unter dem Wert veräussert worden wäre. Die Regierung entschied deshalb am 23. Mai 1884, die Gemeinde unter Staatsadministration zu stellen, Niederneunforn wurde gewissermassen bevormundet.<sup>343</sup>

342 StATG 8'404'13, 1/10: Protokoll VK, 30.8.1882 und 23.9.1882.

343 StATG 3'00'163: Protokoll Regierungsrat, 4.4.1884, 13.5.1884, 23.5.1884; StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 15.4.1884, 1.5.1884.



Auf die weiteren, monatelangen Verhandlungen soll hier nicht näher eingetreten werden. Die Hypothekenbank war am Schluss bereit, auf 50 % ihrer Forderung zu verzichten (die Stadtparkasse Frauenfeld verzichtete auf 30 %). Der Staat löste die Gläubiger aus, und die Schuldenlast der Gemeinde wurde auf rund 23 000 Franken reduziert.

Das war ein interessanter Präzedenzfall, dem man im Grossen Rat offenbar mit etwas gemischten Gefühlen zustimmte. Der Kommissionsreferent drückte die Erwartung aus, dass die Behörden in Zukunft dafür Sorge tragen sollten, «dass die Gemeinden sich nicht mehr derart in Schulden hineinstürzen».<sup>344</sup> Fest steht, dass die Hypothekenbank in den folgenden Jahren nur noch selten Kredite an Gemeinden und Korporationen gewährte. Ende 1888 belief sich das Total dieser Kredite noch auf rund 467 000 Franken.<sup>345</sup> Es lag auf der Hand, dass sich die Gemeinden im Bedarfsfall vermehrt an die Kantonalbank wandten, bei der sich die Darlehen an Gemeinden und Korporationen bis Ende 1895 auf 3,1 Millionen Franken erhöhten (dabei ist allerdings die Integration von zwei Leih- und Sparkassen in den Jahren 1893/1895 zu berücksichtigen, siehe dazu Kapitel 4.2).

### **3.9 Die flauen 1880er-Jahre. Oder: die Härten der Konkurrenz und die Mühsal der «Geldabondanz»**

Das Jahrzehnt der 1880er erscheint aus der Rückschau als eine Zeit wirtschaftlicher Stagnation mit Schwierigkeiten in manchen Bereichen. Die regionalen Unterschiede waren freilich beträchtlich. Winterthur zum Beispiel litt finanziell nachhaltig unter dem Debakel der Nationalbahn. 1883 folgte der Zusammenbruch der Winterthurer Lloydgesellschaften, wodurch vor allem die Handelskreise betroffen wurden. Im Toggenburg geriet die Buntweberei in eine Ab-

satzschwäche. Dort kam es 1880/81 überdies zu einer Krise der Bürgschaftsverpflichtungen.<sup>346</sup> Andererseits befand sich die Stadt St.Gallen dank der Stickerei im Aufwind (die Toggenburger Bank errichtete dort 1882 ein rasch aufblühendes «Comptoir»). Das waren Veränderungen, die auch auf die benachbarten Gebiete im Thurgau wirkten.

Die Kernzahlen der Thurgauischen Hypothekenbank zeigen die «Anstalt» – wie sie sich selbst nannte – von 1880 bis 1890 in einer stagnierenden oder sogar leicht rückläufigen Phase. Effektiv war dies die einzige Periode in ihrer Geschichte, in der die Bank nicht vorankam. Die Bilanzsumme ging von rund 38 Millionen Franken im Jahr 1880 auf 35,8 Millionen zurück. Die Hypothekendarlehen stagnierten bei 27,8 Millionen Franken. Der Reingewinn bewegte sich in einer Bandbreite von 204 000 (1883) und 256 000 Franken (1890). Weil das Aktienkapital bei 3 Millionen belassen wurde, konnte bis 1889 eine Dividende von 6–6½ % ausgeschüttet werden (überdies wurde der Reservefonds wiederum regelmässig alimentiert). Ein Versuch des Verwaltungsrats, das Aktienkapital in den Jahren 1884 und 1886 auf 4 Millionen Franken zu erhöhen, scheiterte in der Generalversammlung am erforderlichen Zweidrittelmehr.<sup>347</sup> Einige wichtige Aktionäre sahen offenbar kaum eine Chance, die Dividendenrendite bei einem grösseren Kapital auf dem gleichen Niveau zu halten.

Welche Ursachen bestimmten nun diese wenig erfreuliche Gesamtentwicklung? Da war zum einen

---

344 Zitiert nach: TZ, 4.3.1885. Die Verhandlungspositionen der Hypothekenbank teilweise in: StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 8.6.1884 und 3.12.1884.

345 TZ, 28.2.1889.

346 Walder, Toggenburger Bank, S. 43 ff., S: 61.

347 Im Jahr 1884 war das Stimmenverhältnis (bei 20 anwesenden Aktionären): 310 Ja (für eine Erhöhung des Aktienkapitals) und 187 Nein. Im Jahr 1886 (bei 23 Aktionären): 318 Ja und 220 Nein: StATG 8'404'1, 0/2: Protokoll der Generalversammlungen, 17.5.1884 und 15.4.1886.

die flache Wirtschaftsentwicklung, der Mangel an Impulsen, was sich vor allem in einem relativ schwachen Firmenkundengeschäft der Hypothekenbank auswirkte. Ein Seitenblick auf die Bank in Winterthur, die ungleich stärker in dieser Sparte engagiert war, bestätigt den Befund: Dort reduzierten sich die Debitoren im Kontokorrentgeschäft von 1883 bis 1886 um einen Viertel auf 30 Millionen Franken und konnten sich bis 1890 nicht mehr erholen. Diese Handelsbank litt vor allem unter der Schwäche der Baumwollindustrie. Auch in der Maschinenindustrie und dem Getreidehandel respektive der Müllerei kam es zu Verlusten. Zu dieser Kategorie gehörte ein grösserer Verlust im Thurgau, nämlich bei der Giesserei Feldbach in Steckborn, wo die Bank in Winterthur die Liegenschaft übernehmen musste.<sup>348</sup> Freilich zeigt gerade der Vergleich dieser zwei Banken, dass die Thurgauische Hypothekenbank bedeutend weniger Risiken eingegangen war und nicht wie die Bank in Winterthur zu einer Reduktion des Aktienkapitals (zum Zweck einer radikalen Sanierung) schreiten musste.

Allerdings bekam die Hypothekenbank nun die Konkurrenz im eigenen Kanton vermehrt zu spüren. Die junge Kantonalbank hatte ihren Hypothekenbestand in der zweiten Hälfte der 1870er-Jahre rasch auf 18,5 Millionen Franken (per Ende 1880) ausbauen können. Das war ein bemerkenswert rasanter Start, mit dem man bei der Hypothekenbank wohl kaum gerechnet hatte. Es gelang der Kantonalbank sogar, bei den Hypotheken bis 1887 auf 21,4 Millionen Franken noch etwas zuzulegen. Das spärliche Neugeschäft in diesem Zeitraum ging somit zum grösseren Teil an die Staatsbank. Auch eine Leih- und Sparkasse wie jene von Bischofszell schlug sich recht gut durch die 1880er-Jahre: Ihr Hypothekenbestand nahm bis 1890 auf 2,3 Millionen Franken zu.<sup>349</sup> Daneben scheinen auch Private wieder vermehrt in Schuldbriefe investiert zu haben, wenn man einigen Kommentaren in der «Thurgauer Zeitung» zu den

Geschäftsberichten der Bank Glauben schenken will. Wie stark diese Konkurrenz des «disponibel gewordenen Privatkapitals» wirklich war, lässt sich freilich nicht genau feststellen.<sup>350</sup> Zinsdifferenzen zwischen den Geldgebern, selbst wenn nur gering, könnten in dieser Phase der allgemeinen Flaute tatsächlich eine grössere Bedeutung bekommen haben. Dank einer Umfrage auf gesamtschweizerischer Ebene wissen wir über das Total der ausstehenden Hypothekarkredite der damals acht Kreditinstitute im Thurgau per Ende 1882 Bescheid: 54,9 Millionen Franken wurden nach Bern gemeldet.<sup>351</sup> Der Marktanteil der Hypothekenbank betrug zu jenem Zeitpunkt 51 %, derjenige der Kantonalbank 35 %, der Rest entfiel auf sechs Leih- und Sparkassen.

In einem Überblick der 1880er-Jahre darf der Begriff der «Geldabondanz» nicht fehlen.<sup>352</sup> Er charakterisiert geradezu einen Teil der Bankensituation und findet sich in vielen zeitgenössischen Berichten. Bisweilen wird als «Beleg» der sinkende Diskontsatz angeführt, der in Zürich bis 1884 auf 2,91 % fiel.<sup>353</sup> Bei der Hypothekenbank wurden bereits Anfang 1880 erhebliche Zuströme von Bargeld verzeichnet, die dazu veranlassten, ausserkantonale Gelder zurückzuweisen (es sei denn ausnahmsweise zu 4 % auf fünf Jahre). Mitte 1880 wollte die Bankleitung die kurzfristigen Schuldscheingelder reduzieren. Bis zum Herbst desselben Jahres nahm die «Geldabondanz» weiter zu. Zinsverluste wurden befürchtet. Der einzige Ausweg schien einmal mehr, Wertschriften zu kaufen. Das waren dann Obligationen im Wert von rund 900 000 Franken der Schweizerischen Kreditan-

---

348 Wetter, Bank in Winterthur, S. 77, S. 80 f.

349 TZ, 26.2.1891.

350 TZ, 3.4.1886, 28.2.1889.

351 StATG 3'00'162: Protokoll Regierungsrat, 23.11.1883.

352 Damit ist ein sehr flüssiger Geldmarkt und häufig ein Überfluss an anlagesuchenden Geldern gemeint.

353 Wetter, Bank in Winterthur, S. 59.

stalt, der Kantone St.Gallen und Bern sowie der Centralbahn. Sogar ein kleiner Posten der Hypo Winterthur, einer potentiellen Konkurrentin, wurde damals erworben.<sup>354</sup> Bemerkenswert war überdies, dass die Hypothekenbank Anfang 1880 beschloss, «mit Rücksicht auf die ungünstigen Zeitverhältnisse» bei säumigen Zinszahlern mehr Toleranz walten zu lassen (dies hiess konkret, Strafzinsen je nach Fall etwas später zu erheben und den «Rechtstrieb» allenfalls erst mit zwei Monaten Verzögerung anzuheben).<sup>355</sup> Vermutlich stand die Bank auch in dieser Hinsicht unter Konkurrenzdruck.

Was die Kundengelder betraf, so machte Verwaltungsrat und Schulratspräsident Karl Kappeler, der seit Jahren schon in Zürich lebte, einen interessanten Vorschlag, der darauf abzielte, die kurzfristigen Passiven durch die Aufnahme eines grösseren, langfristigen Anleihens zu vermindern. Diese «Motion» fand jedoch weder in der Verwaltungskommission noch im Verwaltungsrat Gnade. In den betreffenden Diskussionen wurde im Frühjahr 1880 eingewandt, ein solches Vorhaben sei derzeit schwer durchzuführen; das Bedürfnis sei nicht gegeben, zuerst solle man den auswärtigen Kreditoren kündigen.<sup>356</sup> In diesem Sinne versuchte die Bank zum Beispiel, den Zins für die Einlage der Helvetia-Feuerversicherung von 250 000 Franken zu drücken und gleichzeitig eine längere Laufzeit zu erreichen, ansonsten sie zurückzahlen müsse.<sup>357</sup> Generell deutete alles auf eine sinkende Zinstendenz. Doch die Hypothekenbank ging insgesamt bei den Reduktionen sehr vorsichtig ans Werk und versuchte sich mit der Thurgauischen Kantonalbank abzusprechen. Das gelang nur teilweise. Die Kantonalbank war zum Beispiel im Herbst 1880 noch nicht bereit, den Zins für die Sparkassengelder zu senken. Die Hypothekenbank wartete deshalb zu. Anfang 1881 wurde in der Verwaltungskommission geklagt, dass die Sparkassengelder keinen Nutzen mehr brächten. Schliesslich verlor die Hypothekenbank die Geduld und reduzierte den betreffenden Zinssatz für

neue Gelder auf 1. Juli 1881 im Alleingang auf 4%. In Anbetracht der Kreditflaute sah sie sich gleichzeitig zu einem etwas ungewöhnlichen Schritt veranlasst: Die Notare und Friedensrichter wurden im März 1881 eingeladen, «der Bank gute Schuldkopien und Gantrödel zuzuweisen». Den betreffenden Herren wurde dafür eine Provision von  $\frac{1}{8}$  % bis  $\frac{1}{4}$  % offeriert.<sup>358</sup> Das Resultat dieser Massnahme war indes bescheiden: Die Hypothekendarlehen erhöhten sich im Jahr 1881 lediglich um 210 000 Franken oder 0,75 Prozent.

Die Zinsen fielen im Verlauf der folgenden Jahre weiter: Sparkassengelder wurden ab Mitte 1886 noch zu  $3\frac{1}{2}$  % verzinst, der Hypothekarzinssatz lag ab Martini 1886 bei 4%. Diese Zinsphase setzte sich mehr oder weniger bis in die 1890er-Jahre fort. Die Hypothekenbank war aufgrund ihrer Refinanzierungsbasis offensichtlich nicht in der Lage, eine wirklich flexible Zinssatzpolitik zu betreiben. Sie musste stets auf die lokale und regionale Konkurrenz Rücksicht nehmen. Auch ausserkantonale Banken warben im Thurgau um Kundengelder, so etwa die Ersparniskasse der Stadt St.Gallen und das «Comptoir» der Toggenburger Bank in St.Gallen.<sup>359</sup> Die schwierigste Aufgabe der Bankleitung blieb im Grunde während fast des ganzen 1880er-Jahrzehnts, für die überschüssige Liquidität möglichst günstige Anlagevarianten zu finden. Das waren zum einen Wertschriften, zum anderen kurzfristige Platzierungen bei Banken. So kam auch der Bankier C. W. Schläpfer in Zürich, mit dem die Bank die Beziehung nie vollständig abge-

354 StATG 8'404'13, 1/10: Protokoll VK, 3.2.1880, 8.6.1880, 31.8.1880, 4.9.1880, 14.10.1880.

355 StATG 8'404'13, 1/10: Protokoll VK, 22.1.1880.

356 StATG 8'404'3, 1/0: Protokoll VR, 10.2.1880 und 24.4.1880; StATG 8'404'13, 1/10: Protokoll VK, 8.4.1880.

357 StATG 8'404'13, 1/10: Protokoll VK, 8.6.1880.

358 StATG 8'404'13, 1/10: Protokoll VK, 31.8.1880, 4.9.1880, 24.1.1881, 5.3.1881, 5.4.1881, 11.6.1881.

359 Siehe u. a. Insetate in: TZ, 11.3.1879, 24.4.1883, 9.2.1884, 19.1.1886.

brochen hatte, im Jahr 1885 erneut zu einem Wechselkredit von 100 000 Franken gegen Hinterlage. Und gleich darauf kaufte die Bank sogar wieder Obligationen der sanierten Nordostbahn sowie der Centralbahn für mindestens 400 000 Franken. Weitere Käufe in dieser Sparte folgten (1886 zum Beispiel nicht weniger als 400 000 Franken Kassenobligationen der Schweizerischen Kreditanstalt).<sup>360</sup>

Nicht ungelegen kamen der Bank unter diesen Umständen auch Kreditgesuche von thurgauischen Sparkassen, obschon es sich um direkte Konkurrenten handelte. Ende 1884 erhielt die Leih- und Sparkasse Eschlikon einen Kredit von 50 000 Franken, der 1886 erneuert (und spätestens 1888 verdoppelt wurde). Und die Bezirksleihkasse Kreuzlingen kam 1887 in den Genuss eines Hinterlagedarlehens von 100 000 Franken (was die gegenseitige Verbindung vermutlich nicht unwesentlich stärkte).<sup>361</sup> Bemerkenswert für diese Phase ist auch die grosszügige Belehnung der Schlossgüter Ebersberg und Girsberg bei Kreuzlingen im Jahr 1884, die damals den Grafen Eberhard beziehungsweise Ferdinand von Zeppelin gehörten. Der Letztere war der nachmals berühmte Luftschiffkonstrukteur. Diese Kreditgewährungen schienen ziemlich unproblematisch, weil die württembergischen Grafen die gemeinderätliche Garantie von Emmishofen beibringen konnten.<sup>362</sup> Die Kantonsgrenzen wurden nun hie und da überschritten. Einem Interessenten aus Zürich offerierte die Hypothekenbank 1887 sogar einen Kredit von beinahe 100 000 Franken, der durch Aktien der bekannten Chamer Milchfabrik (mit einer Sicherheitsmarge von 20 %) gedeckt werden sollte.<sup>363</sup> Ob das Geschäft zustande kam, geht aus den Akten nicht hervor. Dieses Beispiel zeigt immerhin, dass die Bankleitung durchaus bereit war, den Aktionsradius etwas auszudehnen, selbst wenn nicht gerade von überschäumender Initiative die Rede sein kann. Das hatte seine Gründe nicht zuletzt in der personellen Erneuerung der Verwaltungskommission der Bank.

### 3.10 Änderungen an der Führungsspitze der Bank und ein neuer Versuch, sich von der Oberaufsicht des Staates zu lösen (1884)

Hermann Kappeler, der seit 1853 als Bankpräsident einen nicht zu unterschätzenden Einfluss ausgeübt hatte, starb im Januar 1884 im Alter von 75 Jahren. Eine Epoche schien zu Ende zu gehen. Doch wer sollte ihm nachfolgen? Direktor Adolf Merkle, damals 70-jährig und noch länger im Amt als Kappeler, stieg jedenfalls nicht in den Verwaltungsrat auf und sah offensichtlich keinen Anlass, altershalber von seiner Direktionsposition zurückzutreten. Er wird bis 1891 auf seinem Posten ausharren. Man kann kaum behaupten, dass dies dem Geschäftsgang der Bank besonders zuträglich war. Unerfindlich bleibt beispielsweise, weshalb die Hypothekenbank 1882 bei der Insolvenz der Diskontkasse Interlaken zu einem beträchtlichen Schaden kam. Mit der Kontrolle schien es nicht zum Besten bestellt.<sup>364</sup> Das Amt des Vizepräsidenten des Verwaltungsrats übte seit 1880 Oberrichter Karl Martin Rogg-Fischer aus. Er hatte den verstorbenen Oberrichter Johann Messmer abgelöst.

Als nun die Bankleitung Ende 1883/Anfang 1884 eine Statutenrevision plante, bildete Rogg-Fischer zusammen mit Bezirksgerichtspräsident Dr. Jakob Huldreich Bachmann und Buchhändler Jacques Huber eine Dreierdelegation des Verwaltungsrats, die

---

360 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 9.2.1885, 3.3.1885, 17.6.1886.

361 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 20.12.1884, 5.11.1886, 11.3.1887, 17.10.1887, 3.10.1888.

362 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 24.7.1884.

363 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 9.8.1887.

364 Die Bank machte für 1882 eine Rückstellung von 60 000 Franken betreffend den «Fall Interlaken». Es kam in der Folge zu langen Auseinandersetzungen mit anderen Gläubigern (TZ, 24.4.1883 sowie StATG 8'404'3, 1/0: Protokoll VR, 12.9.1883 und 23.2.1884).

Abb. 23: Jakob Huldreich Bachmann (1843–1915).



mit dem Regierungsrat über die Stellung der Bank zum Staat verhandeln sollte. Es ging aus der Sicht der Bank darum, den ungeliebten Paragraphen 2 der Statuten (betreffend die Oberaufsicht des Staates) zu eliminieren. Die Regierung marschierte ebenfalls mit einer Dreierdelegation zur gemeinsamen Konferenz im Februar 1884 auf, angeführt vom Artillerieobersten und Regierungspräsidenten Carl Vogler. Die Bankdelegation machte erneut geltend, durch die Gründung der Kantonalbank sei die umstrittene Bestimmung überflüssig geworden. Der Regierungsrat lehnte diese Interpretation – wie bereits 1871 – ab und war gewillt, an der Generalversammlung allenfalls gegen die Beseitigung des Paragraphen 2 durch Regierungsrat Vogler «Protest zu erheben». Das hätte zweifellos zu einer unangenehmen öffentlichen Diskussion geführt. Der Verwaltungsrat der Bank gab deshalb nach, und alles blieb beim Alten, das heisst der etwas schwammigen Vereinbarung von 1871, wonach gegenseitig kein Präjudiz anerkannt wurde.<sup>365</sup>

Abb. 24: Jacques Huber (1828–1909).



Aus der Rückschau könnte man zum Schluss kommen, dass die staatlich besoldeten Richter Rogg-Fischer und Bachmann wenig Anlass hatten, sich in ein Gefecht mit Oberst Vogler und seinen Getreuen einzulassen. War alles nur eine Übung «pour la galérie»?

Inwiefern diese «Niederlage» der Bankleitung in den Augen einiger Aktionäre und Verwaltungsräte dem Vizepräsidenten Rogg-Fischer angelastet wurde, ist kaum zu entscheiden. Er leitete zwar die Generalversammlung der Bank am 17. Mai 1884, an der die Erhöhung des Aktienkapitals – wie bereits erwähnt – am erforderlichen Zweidrittelmehr scheiterte, wurde aber in der Verwaltungsratssitzung vom 14. Juli 1884 nicht zum Präsidenten gewählt. Seine Kollegen gaben dem Bezirksgerichtspräsidenten Dr. Bachmann den Vorzug, der seit 1872 als Delegierter des Regie-

365 StATG 3'00'163: Protokoll Regierungsrat, 1.2.1884, 22.2.1884, 29.2.1884; StATG 8'404'3, 1/0: Protokoll VR, 25.1.1884, 23.2.1884, 25.4.1884.

Abb. 25: Karl Alfred Fehr (1848–1904).



rungsrats im Verwaltungsrat der Bank sass und seit 1880 Mitglied der Verwaltungskommission war. Als langjähriger Kantonsrat sowie als Nationalrat (seit 1881) hatte Bachmann bedeutend mehr politisches Gewicht als Rogg-Fischer. Der Letztere zog unverzüglich die Konsequenzen und trat am folgenden Tag, ob nun erbost oder beleidigt, aus Verwaltungsrat und Verwaltungskommission der Hypothekenbank zurück.<sup>366</sup> Gleichzeitig begann der Aufstieg von Jacques Huber: Er war in derselben Sitzung zum Mitglied der Verwaltungskommission erkoren worden. Im April 1885 wurde er zum Vizepräsidenten der Bank gewählt.

Als Ersatz für Rogg-Fischer wählte die Generalversammlung im Frühjahr 1885 den damaligen Verhörrichter Dr. Traugott Sandmeyer in den Verwaltungsrat. Er wurde in einem ungewöhnlichen Schritt von diesem Gremium sogleich in die Verwaltungskommission delegiert. Das Gewicht der Juristen in der Bankleitung erlitt somit keinerlei Einbusse. Das Füh-

rungsgremium verjüngte sich: Präsident Bachmann stand mit Jahrgang 1843 in den «besten Jahren», Vizepräsident Huber war mit Jahrgang 1828 noch keine sechzig, und Sandmeyer war erst knapp über dreissig Jahre alt. Dass Sandmeyer seine Wahl der Protektion von Bachmann verdankte, lässt sich mit einiger Plausibilität vermuten. Er wird ab 1888 hauptberuflich wieder als Anwalt tätig sein und 1894 Bachmann als Bezirksgerichtspräsident in Frauenfeld nachfolgen. Sandmeyer spielte bei der Hypothekenbank innerhalb weniger Jahre zweifellos eine zunehmend wichtigere Rolle. Sowohl Huber wie Sandmeyer werden in späteren Jahren das Amt des Bankpräsidenten bekleiden.

Neben dem brüskten Ausscheiden von Rogg-Fischer ist ein weiterer unschöner Vorgang an der Bankspitze erwähnenswert. Im Sommer 1886 wurde bekannt, dass die Sparkasse Frauenfeld einem Schuldner empfohlen hatte, einen Schuldbrief der Hypothekenbank zu kündigen und diesen auf die Sparkasse zu übertragen. Das empörte die Verwaltungskommission beträchtlich, weil der Präsident der Sparkasse, Oberrichter Karl Alfred Fehr, seit 1882 auch Mitglied der Verwaltungskommission der Hypothekenbank war. Im Falle Niederneunforn hatte man noch zusammengearbeitet. Nun stellte die Verwaltungskommission in Abwesenheit von Fehr fest, die erwähnte Handlungsweise vertrage sich nicht mit den «kollegialen Beziehungen». Fehr solle die Sparkasse anweisen, solches Vorgehen künftig zu unterlassen, sonst müsste die Hypothekenbank Gegenmassnahmen ergreifen.<sup>367</sup> Der gereizte Ton deutet darauf hin, dass die Beziehungen beträchtlich gestört waren. Jedenfalls zog Fehr beleidigt die Konsequenzen und nahm an den Sitzungen der Verwaltungskommission vom Juli 1886 an für einige Zeit nicht

366 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 16.7.1884.

367 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 13.7.1886.

mehr teil.<sup>368</sup> Ausgerechnet im Moment grosser Schwierigkeiten in Romanshorn (siehe Kapitel 3.12) reduzierte sich das Führungsgremium der Bank damit faktisch auf vier Mitglieder.

### 3.11 Das Bankgeheimnis soll gewahrt bleiben

Erst mit dem schweizerischen Bankengesetz von 1934 wurde das sogenannte Bankgeheimnis strafrechtlich geschützt. Dies war hauptsächlich eine Folge deutscher Bankspionage, die schon in der Zeit der Weimarer Republik (1918–1933) gegen deutsche Steuerflüchtlinge eingesetzt hatte.<sup>369</sup> Der Begriff des Bankgeheimnisses war in der Schweiz allerdings bedeutend älter, jedoch bis zum Ersten Weltkrieg nicht sehr deutlich definiert. An zwei frühen Beispielen der Thurgauischen Hypothekenbank lässt sich nun zeigen, wie das Bankgeheimnis in der Realität des 19. Jahrhunderts etwa gehandhabt wurde. Im Jahr 1877 erkundigte sich der Präsident des Bezirksrats Steckborn im Interesse eines Bevormundeten, ob namentlich genannte andere Personen aus der Familie mit der Hypothekenbank «in Rechnung stehen». Es ging um Teilungsverträge innerhalb der Familie. Die Verwaltungskommission der Bank beschloss darauf, zuerst die «Vernehmlassung» der Betroffenen einzuholen und ihnen zu erklären, «dass sie entweder bei zuständiger Stelle sich zu beschweren oder zu gewärtigen haben, dass dem Ansinnen entsprochen, immerhin aber auf vorsichtige amtliche Verwertung des Materials dringen werde [sic]».<sup>370</sup> Somit war klar, dass sich die Bank gegen eine Verletzung des Bankkündengeheimnisses rückversichern wollte. Wie die Sache ausging, geht leider aus den Protokollen der Bank nicht hervor.

Zehn Jahre später, im Herbst 1887, kam es zu folgendem Fall: Ein Notar aus Steckborn musste in einer Nachlassfrage ein amtliches Inventar erstellen und erkundigte sich nach den betreffenden Vermö-

gensteilen bei der Hypothekenbank. Die Direktion antwortete, sie halte sich «in Wahrung des Bankgeheimnisses» nicht für berechtigt, über den «Verkehr» von X und Y ohne Zustimmung der Beteiligten Auskunft zu geben. Der Notar gelangte offensichtlich an das kantonale Finanzdepartement, das die Bank darauf aufmerksam machte, dass es sich nicht um ein «Privatinventar», sondern um eine amtliche Angelegenheit handle, bei der die Erben kein entscheidendes Wort mitzureden hätten. Darauf ermächtigte die Verwaltungskommission die Direktion, die gewünschte Auskunft zu erteilen.<sup>371</sup> Wenige Monate später kam ein anderes Thema auf die Agenda: Ein Mitglied der Verwaltungskommission hatte von verschiedenen Seiten gehört, dass «mehrfache Indiskretionen» durch Bankangestellte vorgekommen seien. Darauf ordnete die Kommission an, der Direktor solle die Angestellten «auf das Bankgeheimnis neuerdings aufmerksam machen» und ihnen eröffnen, «dass von nun an ein scharfes Auge auf solche Vorgänge gerichtet und jede Verletzung des Bankgeheimnisses unnachsichtig die sofortige Entlassung des Fehlbaren zur Folge haben werde». Die Angestellten erhielten diese Mitteilung wenig später in «hektographierten Abzügen».<sup>372</sup>

### 3.12 Strassenbahn, Wasserversorgung, Gasbeleuchtung und Stickmaschinen

Die Erfahrungen mit der Finanzierung der Bischofszeller Bahn hatten die Hypothekenbank gegenüber ähnlichen Projekten etwas vorsichtig gemacht. Das

---

368 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 28.7.1886.

369 Vgl. Loeffle, *Geschäfte*, Kapitel 4.3. Siehe auch: Vogler, *Bankgeheimnis*.

370 StATG 8'404'12, 1/9: Protokoll VK, 17.5.1877.

371 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 17.10.1887.

372 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 29.2.1888 und 17.4.1888.

Strassenbahnprojekt Frauenfeld–Wil, das im Jahr 1881 einen entscheidenden Schritt vorwärts gekommen war, konnte zunächst nicht mit enthusiastischer Unterstützung der Bank rechnen. Offenbar ging man von der Überlegung aus, dass die Finanzierung in erster Linie eine Angelegenheit des Staates und der anliegenden Gemeinden sei; der Regierungsrat hatte 1881 eine – allerdings eher bescheidene – Subventionierung in Aussicht gestellt. Kam dazu, dass im Initiativkomitee der Strassenbahn kein Verwaltungsratsmitglied der Hypothekenbank sass. Es bereitete den Initianten in der Folge einige Mühe, die erforderliche Bausumme von 600 000 Franken bis zum Sommer 1886 zusammenzubringen. Die Hypothekenbank übernahm am Ende immerhin Prioritätsaktien für 50 000 Franken (das heisst einen Viertel in dieser Kategorie). Sechs Jahre später war offenbar eine Nachfinanzierung notwendig: Diesmal waren es Obligationen der Strassenbahn im Wert von 80 000, die von der Hypothekenbank zusammen mit der Bank in Wil erworben wurden.<sup>373</sup> Bei einem anderen grossen Infrastrukturprojekt dieser Periode, nämlich der Wasserversorgung Frauenfelds, war die Bank im Prinzip bereit, einen Kredit von 200 000 Franken auf fünf Jahre zu gewähren.<sup>374</sup> Bereits im Jahr 1878 hatte sie eine Aktienbeteiligung von 10 000 Franken für die Gasbeleuchtung in Frauenfeld und anschliessend auch Kredite für dieses Unternehmen bewilligt.<sup>375</sup> Es fehlte somit bei der Hypothekenbank keineswegs an gutem Willen zur Unterstützung öffentlicher Werke. Selbstverständlich war die Bankleitung 1886 auch an der Einführung des Telefons in Frauenfeld interessiert.<sup>376</sup>

Die Privatwirtschaft blieb indes eindeutiger Mittelpunkt ihrer Kreditfähigkeit. Dazu gehörte nun auch die punktuelle Finanzierung von Stickereiproduzenten. Diese Kredite werden in der Regel nur dann in den Protokollen der Bank «sichtbar», wenn neben der Liegenschaft auch die Maschinen belehnt und verpfändet wurden. Dies war zum Beispiel 1880 bei

einem Unternehmer in Arbon der Fall, der auf seine Liegenschaft und seine 16 Stickmaschinen einen Kredit von rund 32 000 Franken erhielt.<sup>377</sup> Vier Jahre später ergab sich ein ähnlicher Fall in Bichelsee, bei dem 12 Stickmaschinen im Kredit eingeschlossen waren. Und 1888 sollte ein Stickfabrikant bei Wängi in den Genuss von rund 23 000 Franken gelangen, allerdings nur, wenn er verstärkte zusätzliche Bürgschaft leisten konnte. Ein Jahr später zeigte sich die Bank geneigt, einem Unternehmer in Frauenfeld 45 000 Franken zu leihen auf Gebäude, Land und vier Schiffstickmaschinen, falls er noch Bürgen beibringen konnte.<sup>378</sup> Solche Beispiele lassen sich zwar nicht zu einem Trend verallgemeinern, deutlich wird immerhin, dass die Bankleitung der Stickereidynamik (oder auch den betreffenden Unternehmern) nicht richtig vertraute. Damit stand sie gewiss nicht allein. Mit einer gewissen Regelmässigkeit wurde damals vor den Gefahren der Überproduktion und insbesondere «vor Anschaffung von Maschinen mit fremden Gelde» gewarnt.<sup>379</sup> Der junge Zentralverband der Stickereiindustrie der Ostschweiz und des Vorarlbergs bemühte sich in der Folge, etwas Ordnung in die Produktionsverhältnisse zu bringen. Im Thurgau gehörten im Jahr 1887 fast alle Sticker zu diesem Verband, nämlich 1852 Mitglieder mit 3510 Maschinen.<sup>380</sup> Es handelte sich somit immer noch vorwiegend um eine Heimindustrie, die gewiss gut daran tat, sich nicht übermässig zu verschulden.

373 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 4.6.1886; StATG 8'404'15, 1/12: Protokoll VK, 15.3.1892.

374 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 3.5.1886.

375 StATG 8'404'12, 1/9: Protokoll VK, 19.3.1878 und 14.7.1879.

376 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 11.12.1886.

377 StATG 8'404'13, 1/10: Protokoll VK, 24.3.1880.

378 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 3.12.1884, 16.1.1888, 21.3.1889.

379 TZ, 21.1.1883 (mit Bezug auf einen Artikel eines Spezialisten in der NZZ zur Lage der Stickereiindustrie).

380 TZ, 15.9.1887.



### 3.13 Der Gerant der Filiale Romanshorn sucht das Weite (1886)

Man musste ein sehr aufmerksamer Leser der «Thurgauer Zeitung» sein, um am 25. Juli 1886 ein kleines «Mitgeteilt» zu entdecken, das wie folgt lautete: «Bankgerant Wehrli in Romanshorn hat sich Veruntreuungen und Fälschungen im Betrage von zirka 40000 Franken zu Schulden kommen lassen. Derselbe hat sich flüchtig gemacht und konnte bis jetzt trotz sofort angeordneter Fahndung noch nicht zur Haft gebracht werden.» Johann Heinrich Wehrli wurde auch in den folgenden Wochen, dies sei vorausgeschickt, nicht gefasst. Er scheint sich schliesslich nach Nordamerika abgesetzt zu haben.

Wie war es nun zu den sensationellen und für die Bank sehr unangenehmen Vorgängen in Romanshorn gekommen? Nachdem gewisse Hinweise vorlagen, führten die Kommissionsmitglieder Bachmann und Sandmeyer eine interne Untersuchung durch. Sie waren dafür aus juristischer Sicht zweifellos bestens qualifiziert. Der Verwaltungsrat hatte bereits im Frühjahr 1884 angeordnet gehabt, dass die Filiale durch Mitglieder der Revisionskommission mindestens zwei- bis dreimal im Jahr «unangemeldet» und genauer geprüft werden sollte.<sup>381</sup> Es stellte sich nun aber erst im Sommer 1886 heraus, dass der Gerant seit längerer Zeit die Bank für eigene Wechselgeschäfte missbraucht hatte. Wehrli selbst begründete dies in einem Brief an Bachmann vom 21. Juli damit, dass er 1883 auf Aktien einen Verlust von 20000 Franken erlitten und seither versucht habe, den Verlust durch Spekulationen zu kompensieren. Dies gelang ihm offensichtlich nicht, im Gegenteil vergrösserte sich das Loch in der Kasse, das er mit seinen Wechselmanipulationen zu decken versuchte.<sup>382</sup> Aus der Rückschau ergibt sich deshalb der Eindruck, dass die Kontrolle seitens der Revisionskommission ungenügend, vermutlich auch zu wenig professionell war. Denn man hätte mit dem Wechsel-

geschäft wohl sehr gut vertraut sein müssen, um Wehrli auf die Schliche zu kommen. Festzuhalten bleibt, dass der Verwaltungsrat seit 1883 gewarnt war. Damals wurde eine Entlassung Wehrlis im Zusammenhang mit seinen Wertschriftengeschäften diskutiert. Auch der Notwendigkeit einer schärferen Kontrolle war man sich durchaus bewusst. Schliesslich überliess der Verwaltungsrat die Angelegenheit jedoch der Verwaltungskommission, die – es war noch in alten Zusammensetzung – offensichtlich keine radikalen Massnahmen ergreifen wollte (denn auch die Auflösung der Filiale stand bereits damals zur Diskussion). An einer ausserordentlichen Krisensitzung vom Juli 1886 beschloss der Verwaltungsrat nun formell, dass die Verwaltungskommission die Aufhebung der Filiale prüfen solle.<sup>383</sup> Doch auch diesmal konnten sich die Herren zu einer solchen Massnahme nicht durchringen. Stattdessen versuchte die Bankspitze, aus den umstrittenen Wechselziehungen, in die unter anderen ein Kunde in Arbon und ein anderer in Zürich verwickelt waren, das Bestmögliche mit Betreibungen, einer Strafklage und Prozessen herauszuholen. Im Übrigen sollte auf die vier Solidarbürgen Wehrlis gegriffen werden (die bereits 1883 über dessen Wertschriftenaffäre informiert worden waren und somit das Risiko kannten).<sup>384</sup>

Da die Verwaltungskommission und der Verwaltungsrat schliesslich an der Weiterführung der Filiale in Romanshorn festhielten, mussten sie im Herbst 1886 einen neuen Geranten einsetzen. Die Stelle wurde intern durch Buchhalter Jakob Mötteli aus Frauenfeld besetzt. Ausserdem erliess der Ver-

381 StATG 8'404'3, 1/0: Protokoll VR, 25.4.1884.

382 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 22.7.1886 und 23.7.1886.

383 StATG 8'404'3, 1/0: Protokoll VR, 30.4.1883, 26.5.1883, 26.7.1886.

384 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 25.9.1886, 25.10.1886, 1.2.1887, 26.5.1887; StATG 8'404'3, 1/0: Protokoll VR, 19.2.1887.

waltungsrat bis zum November 1886 ein detailliertes Organisationsreglement für die Filiale in Romanshorn. Die Niederlassung durfte kein Geld mit Eigenwechsellern beschaffen, wie dies Wehrli getan hatte. Nebengeschäfte und Börsengeschäfte wurden den Angestellten ausdrücklich untersagt.<sup>385</sup> Mötteli hatte nach den Turbulenzen mit Wehrli gewiss keine leichte Aufgabe in Romanshorn, umso weniger, als die Verwaltungskommission die Obergrenze für Wechselkredite auf 20 000 Franken festsetzte. Das konnte einigen dortigen Kunden, als die Konjunktur wieder anzog, nicht mehr genügen und sie wechselten zur Konkurrenz. Zwei grosse Kunden, vor allem Carl Engel aus Ulm (der in Romanshorn eine Filiale für den Käseexport unterhielt), konnten mit der Einräumung grosszügiger neuer Limiten 1891 zurückgewonnen werden.<sup>386</sup> Doch Mötteli war vermutlich nicht ganz der richtige Mann für das lebhaftere und risikoreichere Geschäft mit den grossen Händlern in Romanshorn, das sich stark unterschied vom traditionellen Hypothekengeschäft in Frauenfeld. Im Jahr 1893 suchte er um seine Entlassung als Gerant nach und wurde danach noch beim Hauptsitz in Frauenfeld beschäftigt.<sup>387</sup> Zu seinem Nachfolger in Romanshorn wurde der bisherige Buchhalter Jakob Böhi ernannt, der sich nun allerdings der Aufsicht einer lokalen Kommission auf höherer Ebene fügen musste. Dies war eine neue Institution, die im Zusammenhang stand mit der Expansion der Bank nach Kreuzlingen. Die Hypothekenbank reagierte damit ziemlich spät auf das Bedürfnis nach vermehrter regionaler Verankerung und genauerer Kenntnis der betreffenden Verhältnisse.

Im Geschäftsbericht für das Jahr 1886 musste die Bank neben dem Fall Wehrli über einen weiteren Unterschlagungsfall berichten: Es handelte sich um den Sparkasseneinnehmer Naeff in Fischingen, der sich widerrechtlich rund 16 000 Franken angeeignet hatte. Die Bank musste davon zwar 11 000 Franken abschreiben, konnte jedoch darauf hinwei-

sen, dass dies in 35 Jahren der erste Verlust im Sparkassensektor gewesen sei. Trotz dieser unliebsamen Vorfälle und der unvermeidlichen Gerüchte erlitt die Hypothekenbank im Jahr 1886 keinen wesentlichen Vertrauensverlust: Die Zahl der Sparkasseneinleger stieg sogar leicht auf 18 766 Personen an.<sup>388</sup> Und die Dividende konnte unverändert auf 6 % gehalten werden. Zum Schluss bleibt anzumerken: Johann Heinrich Wehrli, der ehemalige Gerant der Hypothekenbank in Romanshorn, wurde 1887 von der Kriminalkammer des Kantons Thurgau (in Abwesenheit) wegen «Unterschlagung in realer Konkurrenz mit Fälschung» zu 5½ Jahren Zuchthaus verurteilt.<sup>389</sup>

### 3.14 Neue Dynamik mit Kunden aus dem Grossherzogtum Baden: die Erweiterung der Geschäftstätigkeit im Segment der Kaufschuldbriefe und Gantrödel

Im August 1888 entschloss sich die Verwaltungskommission, in Zukunft auch Schuldbriefe und sogenannte Kaufschuldbriefe aus dem Kanton Zürich zu akzeptieren.<sup>390</sup> Das war ein folgenreicher Prinzipienentscheid, der aus der Rückschau etwas erstaunt. Eine Begründung findet sich nämlich nicht im betreffenden Protokoll. War den leitenden Her-

385 StATG 8'404'3, 1/0: Protokoll VR, 6.9.1886 und 27.11.1886.

386 StATG 8'404'15, 1/12: Protokoll VK, 18.8.1891.

387 StATG 8'404'15, 1/12: Protokoll VK, 30.1.1893.

388 TZ, 1.3.1887. Zu den Gerüchten siehe u. a. TZ, 21.9.1886 und 15.10.1886.

389 Amtsblatt des Kantons Thurgau 1887, S. 516 f.

390 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 21.8.1888. Bei den Kaufschuldbriefen handelte es sich um leicht zu transferierende Papiere, die damals als Kreditinstrumente weit verbreitet waren und von den Banken gegen Bürgschaft der Zedenten bevorschusst wurden.

Abb. 26: Inserat der Thurgauischen Hypothekenbank in der «Thurgauer Zeitung» vom 2. April 1871 mit Garantien und angebotenen Dienstleistungen sowie einer Liste der «Einnehmer», die in den Gemeinden eine Art Bankagenturen betrieben.

# Thurgauische Hypothekenbank.

(Sparkassa.)

Status 5 Millionen Franken.

Garantie:

- a) Hypothecirte Anlage der Sparkassagelder.
- b) Aktienkapital der Hypothekenbank von 3 Millionen Franken.
- c) Reservefond der Hypothekenbank von 585,000 Franken.

### Bindung n.

- 1) Die Verzinsung aller bisherigen, sowie der neuen Einlagen in Sparkasse ist auf  $4\frac{1}{4}\%$  festgesetzt.
- 2) Es werden Einlagen von einem halben Franken aufwärts bis zu jedem unbeschränkten Betrage angenommen, und die Zinse davon auf den 31. Dezember kapitalisirt.
- 3) Die Einlagen werden zinstragend vom ersten Tage des darauffolgenden Monats.
- 4) Rückzahlungen, ganze oder theilweise, geschehen ohne vorherige Kündigung und ohne Zinsabzug sofort für Beträge bis auf 200 Fr. Für Summen von über 200—1000 Fr. wird eine Kündigung von 2 Monaten und für Beträge von über 1000 Fr. eine Kündigung von 3 Monaten verlangt. Ausnahmsweise, und wenn der Baarschaftsvorrath bei den Einnehmern es erlaubt, können auch ungekündete Rückzahlungen in Beträgen von über 200—1000 Fr. gegen Abschreibung des Zinsbetrages von 2 Monaten und solche von mehr als 1000 Fr. gegen Abschreibung von 3 Monaten Zins gemacht werden.

### Einnehmerien der Sparkasse der Hypothekenbank.

Arbon:	Herr Schweizer, Lehrer in Arbon,
Egnach:	Kreis, Notar in Neukirch,
Romanshorn:	Bankfiliale.
Uttweil:	Stäheli, Lehrer in Uttweil,
Bischofszell:	M. Rumbert, Sohn in Bischofszell,
Neukirch, Th.:	C. F. Wartenweiler in Apenreuti,
Sulgen:	Brumann, Hauptmann in Rümershausen,
Bühlglacht:	F. Bühlmann, Eisenhandlung in Aarisweil,
	Keller, Notar in Biezenhofen,
Biezenhofen:	H. Winder-Begelin in Biezenhofen,
Frauenfeld:	Bankbureau,
Magingen:	Sonnenbach, Pfarrer in Magingen,
Thundorf:	Wartenweiler, Pfarrer in Lustorf,
Ueflingen:	Gentisch, Gemeindebeamter in Oberneunforn,
Gottlieben:	Egloff, Notar in Tägerwilen,
Altersweilen:	Engeli, alt-Notar in Siegerhausen,
Altnau:	Haffner, Friedensrichter in Altnau,
Egelschhofen:	Keller, Notar in Kreuzlingen,
Ermatingen:	Geiger, Gemeindebeamter in Ermatingen,
Stedeborn:	Jäfer, Notar in Stedeborn,
Berlingen:	Graf, Lehrer in Berlingen,
Eichenz:	Jäfer, Gemeindebeamter in Wagenhausen,
Müllheim:	Werner, Ortsvorsteher in Müllheim,
Göbel:	Strehler, Gemeindevorsteher in Affeltrangen,
Fischingen:	J. R. Käff, Kantonsrath in Fischingen,
Commis:	Dr. Walder in Bengi,
Schönholzsw.:	Böhi, Bezirksstatthalter in Schönholzersweilen,
Sirnach:	Leutenegger, Notar in Schifon,
Weinselden:	Dünenberger, Agent in Weinselden,
Berg:	Leumann, Quartiermeister in Mattweil,
Bürglen:	Säberlin, Hauptmann in Bürglen,
Bupfhang:	Detli, Oberrichter in Rothshausen,
Märstetten:	Keller, Notar in Wigoltingen.

Frauenfeld den 31. März 1871.

Der Bankdirektor:  
Merkle.

# Thurgauische Hypothekenbank.

Der Geschäftsbetrieb der Thurgauischen Hypothekenbank umfaßt:

- a) Feste Darlehen auf Thurgauische Hypotheken, mit und ohne Amortisation und unter Gestattung von beliebigen Kapitalrückzahlungen in abgerundeten Summen und zwar bei kleineren Beträgen ohne vorherige Anfrage, bei solchen von mehr als 500 Fr. nach einer vier Wochen vorher gemachten Anzeige;
- b) Darlehen auf kürzere Dauer, auf Obligationen mit Hinterlage von Thurgauischen Pfandtiteln, Schweizerischen Werthschriften und gegen solide Personal-Bürgschaft, sowie Eröffnung von Conti-Correnti.
- c) Vorkäufe gegen Verpfändung von Waaren in den Lagerhäusern in Romanshorn;
- d) Ankauf von Schuldbriefen und Güterantröbeln;
- e) An- und Verkauf von Schuldbriefen, Schweizerischen Staats- und Eisenbahn-Obligationen, sowie Aktien;
- f) Ankauf von Wechsellern und andern Werthschriften;
- g) Besorgung von Kapitalvermögens-Verwaltungen;
- h) Empfang von Geldern in die Banksparkasse durch Vermittlung der aufgestellten Kreiseinnehmer, sowie direkte durch die Bankkasse;
- i) Empfang von Baarschaften in verzinsliche Rechnung, Conti-Correnti und gegen Ausstellung von Obligationen mit Zinszettel, in runden Beträgen von wenigstens 500 Fr.

Ausschlüsse über die nähern Bedingungen erteilt:

Der Bankdirektor:

Merkle.

Frauenfeld den 31. März 1871.

# Kantonschule.

- 1) Die diesjährigen Prüfungen, zu welchen die Eltern der Schüler, sowie sonstige Freunde der Anstalt, hiemit freundlichst eingeladen werden, finden Montag den 3. und Dienstag den 4. April statt.
- 2) Die Ausstellung der Zeichnungen der Kantonschüler kann schon Sonntag Vormittag nach dem Gottesdienste besucht werden.
- 3) Diejenigen Angemeldeten, welche nicht ausdrücklich auf den 26. April zum Aufnahmeexamen eingeladen sind, sollen sich schon Mittwoch den 5. April, Morgens 8 Uhr, in Saale der Kantonschule einfinden.
- 4) Für das zweite am 26. April stattfindende Aufnahmeexamen können noch Anmeldungen bis zum 20. April eingereicht werden.

Frauenfeld, den 31. März 1871.

Rektorat der Kantonschule:  
Mann.

! Schnell, billig und vorzügliche Qualität!

# Kriegs-

Verhältnisse halber konnten wir große Partien feinste Havana Tabake billig kaufen und sind daher in den Stand gesetzt, nachstehende Marken billigst zu verkaufen:  
Hochfeine Vltar Havana El Morro à 64 Fr., unsere allgemein beliebte hochfeine Vltar Havana Kronen Regalia à 80 Fr., Extra feine Havana La Perla à 96 Fr., Extra feine Havana flor Imperiales à 100 Fr. pro 1000 Stück. Diese Marken sind durchgehend von feinsten Qualität und Aroma, schöner Regen und gut gearbeitet, in leichter, milder und schwerer Qualität vorzüglich, so daß jeder Geschmack befriedigt werden kann. Dieselben kommen importirt Havana an Qualität gleich, während selbe 200—300 Fr., unsere nur 64—100 Fr. kosten. Probefisten à 20 Stück pro Sorte versenden wir franco, bitten aber um unbekanntes Annehmen den Betrag der Bestellung beizufügen oder Bestellschein zu schicken.  
Friedrich & Comp., Cigarren- und Cigarettenfabrik, Leipzig in Sachsen.  
P. S. Türtische Cigaretten empfehlen wir à 250 Stück für 6, 10 und 15 Fr.

# Institut Delessert & Dulon

in

La-Tour bei Vevey (Waadt, Schweiz).

ren der Thurgau zu klein geworden? Sahen sie zu wenig Wachstumschancen in Anbetracht der verstärkten Konkurrenz im eigenen Kanton? Oder war der Entscheid vor allem von einer ganz besonderen Nachfrage im Segment der Kaufschuldbriefe und Gantrödel gesteuert?

Vorauszuschicken ist, dass die Bank bis in die 1880er-Jahre den festen Darlehen auf thurgauische Hypotheken bei Weitem den Vorzug gab und den Ankauf von Kaufschuldbriefen und Gantrödeln aus dem eigenen Kanton nur in bescheidenem Masse betrieb (obschon diese Dienstleistung in einem Inseerat von 1871 durchaus erwähnt wurde<sup>391</sup>). Ein Beispiel, das den üblichen Rahmen bei Weitem sprengte, mag hier genügen: Im November 1886 übernahm die Bank von einem Gemeinderat sowie einem Friedensrichter im Thurgau insgesamt 100 Kaufschuldbriefe mit einem Gesamtbetrag von nahezu 100 000 Franken (mit Rückzahlungsfristen bis 1894). Es handelte sich somit in diesem Fall um die Refinanzierung einer Art Kleinkreditgeschäft lokaler «Financiers» (die beiden Zedenten hafteten solidarisch für den Kredit).<sup>392</sup> Aus den veröffentlichten Bilanzen der Hypothekenbank war jedoch der Gesamtbetrag der übernommenen Kaufschuldbriefe noch nicht ersichtlich. Bei der Leih- und Sparkasse für den Bezirk Diessenhofen war das anders: Hier überstiegen die in der Bilanz ausgewiesenen Kaufschuldbriefe bereits im Jahr 1883 den Betrag der Darlehen. Aufschlussreich ist überdies der Hinweis, dass zwei Drittel der Darlehen der Leih- und Sparkasse auf Schuldner im Grossherzogtum Baden entfielen.<sup>393</sup> Zu vermuten ist, dass auch die Kredite für die Kaufschuldbriefe zum grossen Teil an denselben Personenkreis flossen.

Kaum hatte nun die Verwaltungskommission der Hypothekenbank im Sommer 1888 den oben genannten Prinzipienentscheid gefällt, so erwarb sie auch schon einige Kaufschuldbriefe von Heinrich Moos aus Gailingen. Kurz danach folgte der

Ankauf von Gantrödeln der Gebrüder Frank aus Konstanz. Die Schuldpapiere stammten offensichtlich aus dem Kanton Zürich. Im Herbst 1889 übernahm die Bank von Heinrich Moos Kaufschuldbriefe für insgesamt 80 000 Franken aus den Kantonen St.Gallen und Zürich. Und im Frühjahr 1890 folgten ähnliche Geschäfte von insgesamt rund 108 000 Franken wiederum mit Heinrich Moos sowie mit J. J. Weil aus Gailingen (mit Papieren aus Rümlang und Hirslanden im Kanton Zürich).<sup>394</sup> Von da an erweiterte sich die Kundschaft aus Gailingen, Wangen und Konstanz im Segment der Kaufschuldbriefe beziehungsweise der Gantrödel sehr rasch. In wechselnden Kombinationen findet man in den Protokollen der Bank in den folgenden Jahren Mitglieder der Familien Moos, Picard (beziehungsweise Piccard), Ortlieb, Rothschild, Schatz und Weil als Zedenten und Bürgen dieser Papiere. Sie erhielten allein im Jahr 1890 insgesamt mehr als 600 000 Franken an Krediten.<sup>395</sup> Die Attraktivität des Geschäfts mit Kaufschuldbriefen und Gantrödeln lag für die Bank bei einem meist etwas höheren Zinssatz als bei den Hypotheken.

Es schien, als habe sich die Hypothekenbank nun ein höchst interessantes Geschäftsfeld mit einer ausserordentlich dynamischen Kundschaft aus dem Grossherzogtum Baden erschlossen. Diese Kreditnehmer wussten die Chancen des Güterhandels in der Schweiz offensichtlich mit atemraubender Geschwindigkeit zu nutzen. Da konnten die Thurgauer, die auf diesem Gebiet tätig waren, kaum mehr mit-

---

391 Siehe TZ, 2.4.1871.

392 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 8.11.1886.

393 TZ, 13.1.1884.

394 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 3.10.1888, 1.12.1888, 24.9.1889, 25.3.1890.

395 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 23.5.1890, 5.6.1890, 8.7.1890; StATG 8'404'15, 1/12: Protokoll VK, 10.10.1890, 1.11.1890, 22.11.1890, 27.5.1891, 18.7.1891.

halten. Die Gebrüder Ortlieb aus Wangen hatten zum Beispiel auch bei einem Handwechsel des Schlosses Wolfsberg im Jahr 1889 kurz die Hand im Spiel.<sup>396</sup> Einige arbeiteten ausserdem mit Lombardkrediten. Als Wilhelm Moos aus Gailingen im Sommer 1891 im Hinblick auf einen derartigen Kredit in der Grössenordnung von 200 000 Franken bei der Hypothekenbank sondierte, verlangte diese einen Zinssatz von 4¼ %. Wilhelm Moos wollte jedoch nur 4 % zahlen. Ob das Geschäft doch noch zustande kam, ist ungewiss.<sup>397</sup>

Auf die frühen Beziehungen der Hypothekenbank zu Güterhändlern aus den jüdischen Gemeinschaften in Gailingen und Wangen wurde bereits in Kapitel 3.6 hingewiesen. Es bleibt die Frage offen, wer bei der Bank das Geschäft mit diesen Kunden um 1890 derart «ankurbelte». Der bejahrte Direktor Merkle kann dafür kaum verantwortlich gemacht werden; er hatte diese Art von Geschäften früher nicht gesucht, und um 1890 war er gesundheitlich geschwächt. Näher liegt die Annahme, dass jüngere Mitglieder der Verwaltungskommission sich in dieser Hinsicht profilieren wollten, besonders wenn sie den Anwaltsberuf mit entsprechenden Beziehungen ausübten. Ins Auge zu fassen wäre zunächst Dr. Sandmeyer, der 1890 Aktuar des Verwaltungsrats wurde. Nicht auszuschliessen ist indes, dass der aufstrebende Fürsprecher Dr. Adolf Germann eine wesentliche Rolle spielte. Germann war 1889 als 32-Jähriger in den Verwaltungsrat der Hypothekenbank gewählt worden. Er war damals Hauptmann und Bataillonsadjutant des Thurgauer Bataillons 73. Im März 1890 wurde er bereits in die Verwaltungskommission der Bank gewählt. Beim Aufstieg zum Bankpräsidenten musste er in späteren Jahren freilich Sandmeyer den Vortritt gewähren. Fest steht jedenfalls, dass mit Sandmeyer und Germann ein neuer Wind im Führungsgremium der Bank wehte, wie aus den folgenden Kapiteln leicht ersichtlich ist.

### 3.15 Die zweite Erhöhung des Aktienkapitals und ein neuer Direktor (1891)

An den Generalversammlungen von 1884 und 1886 war die Erhöhung des Aktienkapitals um eine Million Franken – wie bereits erwähnt – an der fehlenden Zweidrittelmehrheit der Aktionäre gescheitert. Um 1890 hatte sich der konjunkturelle Horizont aufgehellt. Für eine weitere Expansion der Bank war es notwendig, die eigenen Mittel endlich zu verstärken. Im Frühjahr 1890 wollte die Verwaltungskommission einen neuen Versuch wagen, der jedoch im Verwaltungsrat nicht genügend Unterstützung fand. Ein Jahr später entschloss sich die Kommission dann ziemlich mutig, eine Erhöhung des Kapitals gleich um 2 Millionen zu beantragen. Das entsprach in durchaus konsequenter Weise der expansiveren Geschäftspolitik. Diesmal folgte der Verwaltungsrat dem Antrag mit 9 zu 1 Stimmen.<sup>398</sup> Wohl um einige widerstrebende Aktionäre zu animieren, wurde für 1890 eine erhöhte Dividende von 7 % ausgeschüttet. Die mit 47 Aktionären sehr gut besuchte Generalversammlung vom 17. März 1891 bewilligte die Kapitalerhöhung von 3 auf 5 Millionen Franken mit 1683 gegen 201 Stimmen. Das Agio von 100 Franken auf der Neuemission wurde freilich nur sehr knapp gutgeheissen (gegen einen Antrag auf 75 Franken). Damit wurde der Reservefonds der Bank auf beachtliche 1,35 Millionen Franken gebracht.<sup>399</sup> Die eigenen Mittel der Bank erhöhten sich per Ende 1891 insgesamt auf 16,6 % der Bilanzsumme. Das war nun eine solide Grundlage für die weitere Entwicklung der Bank, doch gleichzeitig ging davon auch ein beträchtlicher Leistungsdruck aus, um die Dividende im Bereich zwischen 6 und 7 % halten zu können.

396 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 2.8.1889.

397 StATG 8'404'15, 1/12: Protokoll VK, 18.8.1891.

398 StATG 8'404'14, 1/11: Protokoll VK, 23.5.1890; StATG 8'404'15, 1/12, Protokoll VK, 9.2.1891; StATG 8'404'4, 1/1: Protokoll VR, 17.2.1891.

399 TZ, 19.3.1891.

Abb. 27: Jakob Hasenfratz-Denzler (1848–1913).



Diese zweite Aktienerhöhung in der Geschichte der Bank wies übrigens einige Besonderheiten auf. Drei bisherige Aktien gaben ein Anrecht auf eine neue Aktie zum Preis von 600 Franken. Die alten Aktionäre zeichneten jedoch nicht alle der 4000 neuen Aktien. 428 Stück kamen darauf zur öffentlichen Subskription zum Preis von mindestens 650 Franken. Wer mit einem höheren Preis zeichnete – und Bankpräsident Dr. Bachmann war darunter – erhielt die volle Zuteilung (insgesamt 228 Stück wurden so platziert), der Rest der Subskribenten erhielt nur noch kleinere Pro-Rata-Zuteilungen (mit Ausnahme eines Aktionärs aus Zürich, der offensichtlich eine sehr grosse Anzahl gezeichnet hatte).<sup>400</sup> Die Emission war somit ein voller Erfolg und zeigte, in welchem Bereich der Marktwert der Aktie etwa lag. Nachzutragen ist, dass die Aktien der Thurgauischen Hypothekenbank an der Zürcher Börse kotiert waren, wobei es jedoch

nur selten zu einem Abschluss kam. Der Geldkurs von 600 Franken, wie er zum Beispiel auf dem Kursblatt der Börse im November 1891 erschien, war wohl zu wenig attraktiv. Ein Antrag, die bisherigen Namenaktien in Inhaberaktien umzutauschen, fand übrigens an der Generalversammlung 1891 keine Gnade.<sup>401</sup> Gleichwohl stellte Präsident Bachmann die Idee einige Monate später in der Verwaltungskommission nochmals zur Diskussion. Es wurde jedoch beschlossen, nicht darauf einzutreten, weil sich die meisten Aktien der Bank in festen Händen befänden und deshalb der Gesichtspunkt der «leichten Verkehrsfähigkeit» zurücktreten müsse.<sup>402</sup>

Inzwischen brauchte die Hypothekenbank einen neuen Direktor. Adolf Merkle war Anfang 1891 nach 40 Jahren treuen Dienstes zurückgetreten. Der 77-jährige litt an einem Augenleiden. Der Verwaltungskommission gelang es nun, den Nachfolger bei der Konkurrenz abzuwerben: Jakob Hasenfratz-Denzler (geboren 1848), Direktor der Thurgauischen Kantonalbank. Sein Vater war 1870 den umgekehrten Weg gegangen, nämlich von der Verwaltungskommission der Hypothekenbank zum Direktorposten der Kantonalbank. Hasenfratz junior hatte in Chur Bankerfahrung gesammelt und dann 1886 den Vater als Direktor der Kantonalbank abgelöst. Was ihn zum Wechsel der Direktorenstelle veranlasste, geht aus den Akten der Hypothekenbank nicht hervor. Vielleicht war es das Bedürfnis nach mehr Bewegungsfreiheit, jetzt, da die Leitung der Hypothekenbank eine forschere Gangart einzuschlagen schien. Der Verwaltungsrat wählte Hasenfratz im April 1891 anstandslos mit 10 von 11 Stimmen. Sein fixes Salär betrug jährlich 4000 Franken.

400 StATG 8'404'15, 1/12: Protokoll VK, 9.2.1891, 5.5.1891, 26.5.1891.

401 StATG 8'404'1, 0/2: Protokoll GV, 17.3.1891. Immerhin votierten 484 von 1886 Stimmen für die Umwandlung.

402 StATG 8'404'15, 1/12: Protokoll VK, 18.8.1891.

Hinzu kam ein Anteil von 40 % an der Tantieme, wie das bisher bei der Hypothekenbank üblich gewesen war.<sup>403</sup> Hasenfratz konnte deshalb mit einem gesamten Jahreseinkommen von etwa 9000 Franken rechnen. Sein hoher Tantiemenanteil war zweifellos ein bedeutender Anreiz, den Reingewinn der Bank möglichst rasch zu steigern. Und das wird ihm (und der Verwaltungskommission) bis zum Jahr 1897 auch gelingen. Gleichwohl wird man mit dem Ziehen von Parallelen zum modernen Bonussystem etwas vorsichtig sein müssen. Denn Hasenfratz war zu einer Kautions von 50 000 Franken verpflichtet. Bereits Kassier Robert Vogler hatte 1875 als zweitwichtigster Angestellter der Bank eine Kautions in dieser Höhe aufbringen müssen (was aus der Rückschau exorbitant erscheint, weil er weniger verdiente als der Direktor der Bank). Vogler musste damals neben einem hinterlegten Schuldbrief und Wertschriften zusätzlich auf die Bürgschaft von Verwandten zurückgreifen (dazu gehörte sein Cousin Regierungsrat Carl Vogler).<sup>404</sup> Hasenfratz hingegen war in der glücklichen Lage, die Kautions etwa je zur Hälfte in Schuldbriefen sowie Aktien leisten zu können.<sup>405</sup>

Dass der Wechsel von Jakob Hasenfratz von der Kantonalbank zur Hypothekenbank nicht ganz unproblematisch war, zeigte sich bereits im ersten Halbjahr seiner neuen Stellung. Er wollte Ende 1891 der Schuhfabrik C. Brauchlin in Wigoltingen einen substantiellen Zusatzkredit gewähren, falls diese ihre bisherige Hypothek von der Kantonalbank auf die Hypothekenbank übertrug. Die Kantonalbank war jedoch nicht gewillt, die «Vorbriefe» von 190 000 Franken ohne Weiteres zu zedieren. Hasenfratz schlug darauf vor, der Kantonalbank 100 000 Franken Obligationen der Hypothekenbank sowie 90 000 Franken in Eisenbahnobligationen als Anlage zu offerieren.<sup>406</sup> Die Kantonalbank ging allerdings nicht auf diesen Vorschlag ein. Darauf bewilligte die Hypothekenbank 1892/93 gleichwohl grosse Zusatzkredite in zweiter und dritter

Überbesserung, die die Schuldenlast der Firma auf eine ungewöhnliche Höhe ansteigen liessen.<sup>407</sup> Dieses Vorgehen gab bereits einen deutlichen Hinweis auf die Art, wie Hasenfratz das Geschäft anpackte.

---

403 StATG 8'404'4, 1/1: Protokoll VR, 4.4.1891.

404 StATG 8'404'11, 1/8: Protokoll VK, 15.12.1875.

405 StATG 8'404'15, 1/12: Protokoll VK, 25.6.1891.

406 StATG 8'404'15, 1/12: Protokoll VK, 3.12.1891 und 23.12.1891.

407 StATG 8'404'15, 1/12: Protokoll VK, 16.1.1892 und 31.10.1893.